

Die „Freie“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 14 M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Circulard bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die jüdischen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 30 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 5-9.

Die einzigartigste Monatszeitschrift über den Bauern Kultur h. — M. einschließlich Kreislaufumschlag. Keine Anzeigen! Das freigelegte Wort 2. — M. jedes weitere Wort 1.30 M. einschließlich Kreislaufumschlag. Vorstehende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anfragen 3.20 M. extra per Zeile. Stellen-Anfragen in Wort-Anzeigen: das sechsgezeichnete Wort 1.30 M., jedes weitere Wort 1. — M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Tagung des Obersten Rates verschoben?

Oberschlesien und Kleinasien

London, 28. Juli.

Reuter erfährt, daß das Kabinett, das am Donnerstag vor-mittag zusammentrat, die ober-schlesische Frage behandelt habe. Es sei kein Grund vorhanden, zu glauben, daß die britische Regierung die gegenwärtige Lage als so ernst ansehe, wie es in einigen Kreisen der Fall zu sein scheint, obgleich es sehr wahrscheinlich ist, daß die Zusammenkunft des Obersten Rates wieder etwas hinaus-geschoben werden wird. Lord Curzon hatte heute nachmittag eine Unterredung mit dem französischen Botschafter.

Durch große Klarheit zeichnet sich diese Reutermeldung nicht aus. Nach Ansicht der deutschen Regierung ist die Lage nicht so ernst wie sie in einigen Kreisen aufgefaßt wird. Für wie ernst halten sie denn einige Kreise und was bestimmt die englische Regierung optimistisch zu sein?

Tatsache ist jedenfalls, daß eine Verständigung über die Truppenentsendungen noch nicht erzielt werden konnte und daß Frankreich nach wie vor an seiner For-derung festhält, wobei in Paris allmählich die Befürchtung auf-taucht, daß, wenn der Oberste Rat eine endgültige Ent-scheidung über Oberschlesien fällt, die militärischen Verstär-kungen überhaupt ihren Sinn verlieren.

Daneben wächst noch eine andere Sorge heran. In priva-ten Unterhaltungen, so weiß die Pariser Korrespondenz des „B. L.“ zu berichten, werde ängstlich davon gesprochen, daß die polnische Regierung den Wunsch habe, sich mit Deutschland freundschaftlich zu verständigen. Diese Aussicht ist den französischen Imperialisten naturgemäß höchst un-sympathisch. Sie sehen bereits ihre Helle wegschwimmen.

Auch aus einem anderen Grunde ist ihre Stimmung nicht sehr gehoben. Den türkischen Nationalisten unter Kemal Pascha scheint tatsächlich von den Griechen eine ent-scheidende Niederlage beigebracht worden zu sein. Das ist nicht nur ein Schlag für die den Kemalisten durch Vermitt-lung des „Kommunisten“ Enver Pascha nahestehende rus-sische Sowjetregierung, sondern auch für Frank-reich, das dem türkischen Nationalismus gern als Sturm-bod gegen die englische Vormachtstellung in Konstantinopel benützt hätte.

Kemal Pascha hat angeblich die Alliierten um Vermittlung ange-rufen, und wir geben wohl nicht fehl mit der Annahme, daß eine Verschiebung der Konferenz des Obersten Rates, die das Reutertelegramm als sehr wahrscheinlich hinstellt, nicht nur auf die Schwierigkeiten des ober-schlesischen Problems, sondern auch auf die Ereignisse in Kleinasien zu-rückzuführen wäre. Franzosen haben sicher kein beson-deres Interesse daran, mit den englischen Vertretern in einem Augenblick an den Verhandlungstisch zu setzen, in dem die britische Politik auf nicht zu unterschätzende Erfolge pochen kann.

Der Bericht der französischen Kommissare

Paris, 28. Juli.

Die französische Regierung hat einen Auszug aus der gemein-samen Note der drei alliierten Kommissare von Oppeln vom 19. Juli, der in der Diskussion über die ober-schlesische Frage eine so große Rolle spielt, veröffentlicht. In diesem französischen Auszug wird gesagt, trotz der Wiederaufnahme der Kontrolle und trotz der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Tätigkeit stellten die Oberkommissare fest, daß noch sehr ernsthafte Bedrohungen auf dem Gebiete Oberschlesiens oder vor seinen Toren beständen. Die Ober-kommissare seien der Ansicht, daß die Erregung so lange fortdauern werde, wie der Zustand der Unsicherheit, in dem sich das Land be-finde. Ja, man müsse mit einer Verschlimmerung rechnen. Es handle sich in Oberschlesien nicht nur um eine Frage der Macht und um eine Zeitfrage. Nicht wünschenswerte Elemente seien im Volksabstimmungsgebiet geblieben und die Entwaffnung durch die alliierten Behörden habe weder nach der einen noch nach der anderen Seite durchgeführt werden können. Jede Partei befürchte Angriffe der anderen, und schon falsche Gerüchte könnten genügen, um irgendeine Partei zu einer unbesonnenen Handlung zu veran-lassen. Die Lage werde so lange unsicher bleiben, bis jede der Parteien über ihr endgültiges Schicksal aufgeklärt worden sei. Die Kommissare kommen zu folgenden Schlüssen: 1. die Lage in Ober-schlesien sei ernst und verdiene die sofortige Aufmerksamkeit der Regierungen, 2. die Lage werde so lange unsicher bleiben, als nicht eine gerechte, von beiden Parteien verlangte Entscheidung getroffen seien ungenügend, nicht nur, um eine neue Erhebung zu verhin-dern, sondern auch, um in bisheriger Weise die Ordnung im Ab-stimmungsgebiet aufrechtzuerhalten. Die drei Oberkommissare sei. Die der Kommission zur Verfügung gestellten Streitkräfte

fügen hinzu, wenn die Mächte ihre Entscheidung aufschoben, würde die Entsendung von Truppen noch nötiger und dringender werden.

England und Oberschlesien

London, 28. Juli.

Reuter erfährt, daß das Kabinett, das heute vormittag zusam-mentrat, die ober-schlesische Frage behandelt habe. Es sei kein Grund vorhanden, zu glauben, daß die britische Regierung die gegenwärtige Lage als so ernst ansehe, wie es in einigen Kreisen der Fall zu sein scheint, obgleich es sehr wahrscheinlich sei, daß die Zusammenkunft des Obersten Rates wieder etwas hinausgeschoben werden wird. Lord Curzon hatte heute nachmittag eine Un-terredung mit dem französischen Botschafter.

Der französische Ministerrat

Paris, 28. Juli.

Ueber den heutigen Ministerrat wird folgende amtliche Mitteil-ung ausgegeben: Ministerpräsident Briand hat seinen Kollegen eine vollständige Uebersicht über die diplomatische Lage gegeben, insbesondere über die durch die ober-schlesische Frage geschaffene Lage. Da er von dem französischen Botschafter in London benach-richtigt worden ist, daß die englische Regierung erst heute über die Fragen beraten werde, die die französische Regierung gestellt hatte, entschloß sich der Ministerrat morgen im Elisee erneut zusammentreten, um die An-wort der englischen Regierung zu prüfen.

Rücktritt der thüringischen Regierung

Antrag auf Auflösung des Landtages

Weimar, 28. Juli.

In der heutigen Sitzung des Thüringer Landtages er-klärte nach Ablehnung des Grundsteuergesetzes durch die Rechts-parteien und die Kommunisten der Staatsminister Dr. Paul-ßen, die Staatsregierung sei gezwungen, zurückzutret-en. Hieraus resultiert die Unabhängigen den Antrag auf Auf-lösung des Landtages. Der Antrag wird am Sonnabend be-handelt werden.

Genau wie in Sachsen, so sind die Kommunisten auch in Thüringen zu Helfershelfern der Reaktion ge-worden. Gewiß ist die Grundsteuer eine indirekte Steuer. Das will aber in Zeiten, in denen durch die Geldentwertung die Kapitalisten sogar die Möglichkeit gehabt haben, die direk-ten Besteuern abzuwälzen, sehr wenig befagen. Um so weniger, als die Beseitigung der behördlichen Preisfestsetzung die Annäherung der bisherigen Auslandspreise an die Welt-marktpreise ohne weiteres nach sich zieht, und somit die Grundsteuer — bei richtiger Gestaltung — zu einem Mittel werden kann, einen Teil des unerdienten Gewinnes der Landwirtschaft wegzusteuern. Die Abstimmung der Kommu-nisten ist also geradezu ein Schlag gegen die Arbeiterklasse.

Die alte reaktionäre Methode

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen Hösling hat als Regierungskommissar unter dem 27. Juli folgende Verordnung erlassen:

„Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 24. 4. 21 und des Artikels 118 der Reichsverfassung wird die Zeitung „Die Tribüne“ in Halle (die an Stelle des ver-botenen kommunistischen „Klassenkampf“ von der B. K. P. V. herausgegeben wird) auf die Dauer von 10 Tagen verboten, weil durch zahlreiche Artikel in letzter Zeit die Arbeiterschaft zum einseitigen und geschlossenen Kampf aufgefordert und die Behörden angegriffen wurden, wodurch aufs neue die Ruhe und Ordnung in der Provinz Sachsen gefährdet wurden.“

An Stelle der verbotenen „Tribüne“ haben die Kommunisten heute ein Ersatzblatt mit dem Titel „Die Rote Fahne“ heraus-gegeben.

Der Oberpräsident für die Provinz Sachsen glaubt also mit derselben reaktionären Methode den „Umsturz“ bekämpfen zu können, mit der schon Bismarck und Puttkammer unseligen An-gedenkens schmächtlichen Schiffbruch erlitten haben. Und aus-gerechnet ein Mann, der sich Sozialist nennt und aus der Ar-beiterklasse kommt, bezeichnet es als ein Verbrechen, daß die Arbeiterschaft „zum einseitigen, geschlossenen Kampf“ aufge-fordert wird! Erinnert sich Herr Hösling nicht mehr daran, wel-chen Schaden er mit seiner Regierungsführung von dieser Art in Oberschlesien angerichtet hat? Gibt es niemanden unter seinen Parteigenossen, der ihm darauf aufmerksam macht, daß nach aller geschichtlicher Erfahrung der „Umsturz“ mit solcher Methode erst recht gefördert wird?

Leitsätze zur Agrarpolitik

Von Otto Bauer.

Im „Kampf“, der ausgezeichneten wissenschaftlichen Zeitschrift der österreichischen Sozialdemokratie, veröffentlicht Otto Bauer als Grundlage für die Diskussion eines Agrarprogramms Leitsätze, die mir um so lieber wiedergeben, da sie zeigen, daß der wissenschaftliche Marxismus doch noch etwas anderes zur Agrarfrage zu sagen hat, als Kommunisten und Revolutionisten, die in der Vertretung des Kleinbauernstandes sich planmengenhaben haben. Mit geben die Ausführungen vollständig wieder. Soweit hier auf vorliegende österreichische Beispiele Bezug genommen ist, werden die Leier selbst Vergleichsmöglichkeiten mit den best-lichen Verhältnissen finden.

Der wissenschaftliche Sozialismus ist unter dem mächtigen Eindruck der englischen industriellen Revolution der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden. In England war der Bauernstand zugrunde gegangen, das industrielle Proletariat zur überwiegenden Mehrheit des Volkes ge-worden.

Nach 1871 hat sich der Sozialismus vornehmlich unter dem Eindruck der deutschen Erfahrungen entwickelt. Im Deutschen Reich hat sich die Bauernschaft behauptet. Aber die überaus schnelle industrielle Entwicklung Deutschlands machte auch dort das industrielle Proletariat zur überwie-genden Volksmehrheit.

So setzte der Sozialismus unter dem Eindruck der engli-schen und deutschen Erfahrungen seine Hoffnung ganz auf das Wachstum und das Erstarken des industriellen Proleta-riats. Den Fragen der bäuerlichen Landwirtschaft schenkte er viel weniger Beachtung. Die „Agrarfrage“ war ihm nicht mehr als ein Problem neben vielen anderen Problemen.

Aber die Erfahrungen der Revolutionsjahre seit 1917 haben uns die zentrale Bedeutung dieses Problems an-schaulich gemacht. Die russische Erfahrung hat gezeigt, daß die Sozialisierung der Industrie die Lebenshaltung der In-dustriellen Arbeiterschaft nicht nur nicht verbessern kann, sondern sogar empfindlich verschlechtern muß, wenn sie mit Agrarumwälzungen, die die Ueberschüsse der Landwirtschaft verkleinern und ihre Zufuhr in die Städte verhindern, oder gar mit dem Bürgerkrieg zwischen Industriearbeitern und Bauern erkauf werden muß. Die Erfahrungen der mittel-europäischen Revolution haben gezeigt, daß der „antifolkstevi-vistische Bauernschäbel“ zum stärksten Hindernis der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, zur stärk-sten Stütze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geworden ist. Der Bauer hat der europäischen Revolution Schranken gesetzt, die sie bisher nicht zu überwinden vermochte. Jeder weitere Fortschritt der proletarischen Revolution setzt die Eroberung stärkerer Machtpositionen in den Dörfern und auf den Gutshöfen voraus.

Der Kampf um die Eroberung solcher Machtpositionen er-scheint heute viel aussichtsreicher als ehemals. Krieg und Revolution haben breite Schichten des Landvolkes geweckt. Unsere Werbe- und Organisationsarbeit findet heute auf dem Lande viel ergiebigeren Boden als vor dem Kriege.

So ist der Kampf um das Dorf zu einer unserer wichtigsten Aufgaben geworden. Als ein Mittel, unsere Waffen zu diesem Kampfe zu schärfen, erscheint mir die Diskussion und Beschlußfassung über ein agrarpolitisches Aktions-programm. Die Diskussion soll möglichst viele Ge-nossen antregen, sich mit den Problemen unserer Agrarpolitik zu beschäftigen. Das Programm selbst soll unserer Agitation auf dem Lande Richtlinien geben und unsere zumeist auf die Landtagsstuben zersplitterte Agrarpolitik vereinheit-lichen.

Ein solches Agrarprogramm kann aber nur das Ergebnis kollektiver Arbeit aller in der Landagitation er-fahrenen und mit den Fragen der Agrarpolitik vertrauten Genossen sein. Nur aus ihrer Diskussion kann es hervor-gehen. Eine solche Diskussion möchte ich antregen. Zu die-sem Zweck habe ich ein agrarpolitisches Aktionsprogramm entworfen; es ist nur mein persönlicher Vorschlag, ver-pflichtet also die Partei nicht, und es will nicht mehr sein als Anregung und Grundlage für eine Dis-kussion. Nur wenn diese Diskussion die Probleme hin-reichend geklärt haben wird, wird es möglich sein, den Ge-genstand auf die Tagesordnung des Parteitag zu setzen, damit er auf der durch die Diskussion gefundenen Grundlage die Grundzüge unserer Agrarpolitik feststelle.

Eine bloße Aufzählung programmatischer Forderungen wäre vielen Genossen nicht verständlich; deshalb habe ich die Form von Leitsätzen vorgezogen, die ausführlichere Dar-legungen und Begründungen zuläßt. Um es den Genossen zu erleichtern, sich über die einzelnen Fragen näher zu un-terrichten, habe ich Hinweise auf leicht zugängliche Schriften aus der sozialistischen Literatur und auf einige wichtige Werke der österreichischen bürgerlichen Literatur über Agrarpolitik hinzugefügt.

Nie wieder Krieg! Friedensdemonstration im Lustgarten

Sonntag, 31. Juli 1921 / Beginn des Meetings pünktl. 11 Uhr

A. Die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit.

Die kapitalistische Produktionsweise hat es ermöglicht, die Ertragskraft der landwirtschaftlichen Arbeit durch bewusste wissenschaftliche Anwendung der Agronomie bedeutend zu steigern. Aber nur der kapitalistische Großbetrieb hat es vermocht, den Ackerbau durch die Verwertung der Ertragsüberschüsse der modernen Wissenschaft und Technik zu rationalisieren. Auf dem größten Teil der Erdoberfläche hat der Kapitalismus die Landwirtschaft den Bauern, dem unentwickeltesten Teil der Gesellschaft, überlassen, die immer noch bloß empirische, mechanisch sich fortwährende Arbeitsverfahren anwenden. Daher ist der Fortschritt der Produktivität der Arbeit in der Landwirtschaft hinter der gewaltigen Entfaltung der Produktivkräfte in der Industrie, im Bergbau, im Verkehrswesen, im Bergbau weit zurückgeblieben.

Die Ernährung der städtischen und industriellen Massen vor dem Kriege beruhte einerseits auf der Ausbeutung des Landes durch die Stadt, der Agrarländer durch die Industriestaaten, der überseeischen Kolonialgebiete durch das europäische Kapital, andererseits auf der Ausbeutung der landwirtschaftlichen Arbeiter durch das landwirtschaftliche Unternehmertum. Einerseits zwangen Hypotheken, Pachtssystem und Steuererhebung die Bauern, ihren eigenen Verbrauch einzuschränken und einen möglichst großen Teil ihrer Ernte den städtischen Verbrauchern zu verkaufen, um mit dem Erlös dem Hypothekenzins zu zahlen, den Grundeigentümern den Pachtzins, dem Staat die Steuern bezahlen zu können. Andererseits war die Lebenshaltung der landwirtschaftlichen Arbeiter noch tiefer gedrückt als die des industriellen Proletariats; je kleiner der Anteil der landwirtschaftlichen Arbeiter an ihrem Arbeitsertrag war, desto größer waren die Überschüsse, die die Landwirtschaft den städtischen Verbrauchern verkaufen konnte. Die Ernährung der Städte und Industriegebiete setzte also die Unterernährung der Massen des arbeitenden Landvolkes voraus.

Der Krieg hat den Boden ausgefressen, das lebende und tote Inventar verheert, die Arbeitskraft geschwächt und dadurch die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit gesenkt, die Ernterträge verkleinert. Zugleich sind aber auch die überlieferten Ausbeutungsverhältnisse auf dem Lande umgewandelt worden. Die Bauern wurden in Rußland durch die Revolution, in anderen Ländern durch die Geldentwertung von einem großen Teil der Hypotheken-, Pachtzins- und Steuerlasten befreit; sie sind daher nicht mehr gezwungen, einen so großen Teil ihres Arbeitsertrages wie früher der Stadt zu verkaufen. Die Bauern können behäbiger leben; aber die Zufuhr der Agrarprodukte in die Städte ist gesunken. Die landwirtschaftlichen Arbeiter, durch die Revolution geweckt, haben sich höhere Löhne und Deputate erkämpft. Ihre Lebenshaltung ist verbessert; aber auch dadurch sind die Überschüsse, die die Landwirte an die Städte verkaufen, verkleinert. Bei niedriger Produktivität der Arbeit reichen die Ernterträge nicht zu, Stadt und Land zugleich auskömmlich zu ernähren; wird die Ausbeutung der arbeitenden Massen des Landvolkes gemildert, so treten Lebensmittelnot und Teuerung in den Städten ein.

Erst auf einer höheren Entwicklungsstufe der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit werden die Ernterträge groß genug, sowohl das Landvolk als auch die städtischen und industriellen Volksmassen auskömmlich zu ernähren. Erst auf dieser Entwicklungsstufe hört die Ausbeutung des Landvolkes auf, eine Voraussetzung der auskömmlichen Ernährung der Städte zu sein. Die Hebung der Landwirtschaft auf diese Stufe ist daher eine Voraussetzung der Aufhebung aller Ausbeutung sowohl auf dem Lande als auch in der Stadt, eine Voraussetzung also des Sozialismus.

Das erste Ziel der sozialdemokratischen Agrarpolitik ist daher die Hebung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit. Zu diesem Zweck fordern wir:

I. Die Schulreform hat die Aufgabe, das Landvolk zur Rationalisierung seiner Arbeitsverfahren zu erziehen.

1. Die Volksschule muß, die Grundzüge der Bodenständigkeit des Unterrichtes und der Verbindung des Unterrichtes mit produktiver Arbeit anwendend, die Dorfjugend dazu anleiten, verschiedene Wirtschaftsmethoden und die Verschiedenheit ihrer Erträge miteinander zu vergleichen und bewährte Arbeitsverfahren nachzuahmen.

2. An die Volksschule ist auf dem Lande ein obligatorischer landwirtschaftlicher Fortbildungsunterricht bis zum 18. Lebensjahr anzuschließen, der, mit praktischer Betätigung eng verbunden, der Jugend die elementaren Erkenntnisse der Landwirtschaftswissenschaft und die landwirtschaftliche Buchführung zu vermitteln hat.

3. Die Ausbildung der Dorfschullehrer ist diesen Aufgaben anzupassen. Sie muß theoretischen Landwirtschaftsunterricht im Ausmaß einer landwirtschaftlichen Mittelschule und mehrjährige praktische Betätigung auf einem Mustergut umfassen.

4. Die Dorfschulen sind mit Schuladern auszustatten.

5. Das mittlere und höhere landwirtschaftliche Schulwesen ist auszubauen. Begabten Kindern von Kleinbauern und landwirtschaftlichen Arbeitern ist auf öffentliche Kosten der Besuch mittlerer und höherer Landwirtschaftsschulen zu ermöglichen.

II. Die Verwaltungsreform hat die Aufgabe, die Organe für eine planmäßige Produktivitätspolitik zu schaffen.

Den aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen, mit selbständigem Abgabenrecht ausgestatteten Bezirks- und Kreisvertretungen wird die Aufgabe zufallen, durch Bau von Straßen und Lokalbahnen durch Errichtung elektrischer Ueberlandzentralen, durch Fluseregulierungen, durch die Organisierung der Verwertung der städtischen Abfallprodukte usw. die Rationalisierung und Intensivierung der lokalen Landwirtschaft zu fördern.

In jedem Bezirk ist eine Agrarbehörde zu errichten, die von einem theoretisch geschulten und praktisch erfahrenen Landwirt zu leiten ist. Der Agrarbehörde tritt ein Bezirkskulturrat zur Seite, der, von der Bezirksverwaltung ernannt, aus Vertretern der Bauern, der Landarbeiter, der Güter- und Forstbeamten und aus Fachmännern zusammenzusetzen ist.

III. Die erste Aufgabe der Bezirks-Agrarbehörden wird die allgemeine und schnelle Durchführung der Zusammenlegung (Kommassation) der Grundstücke sein. Ist die Zusammenlegung eine der wichtigsten Voraussetzungen der Rationalisierung der bäuerlichen Wirtschaft, so ist sie infolge der Leutenot, der Not an Zugvieh, der Notwendigkeit starker Verwendung der Maschinen, doppelt notwendig geworden.

Da ihre Durchführung an den Vorurteilen der Bauernschaft und an der Selbstsucht einzelner Schichten des Landvolkes gescheitert ist, sind die gesetzlichen Bestimmungen in dem Sinne abzuändern, daß die Zusammenlegung, unabhängig von der Zustimmung der Grundeigentümer, von Amts wegen überall so schnell als möglich durchzuführen ist.

IV. Die Agrarbehörden werden mit dem Rechte ausgestattet, mit Zustimmung der Bezirkskulturräte zwingende Vorschriften zu erlassen, insbesondere über:

1. die Bewirtschaftung und Restorierung der Ämmer und anderer Gemeinheitsgründe,

2. die gemeinsame Bewirtschaftung der Bauernwälder durch Zwangsgenossenschaften unter jährlicher Leitung,

3. die Auswahl des für den Bezirk geeigneten Saatgutes, seinen genossenschaftlichen Einkauf und seine genossenschaftliche Behandlung vor der Ausgabe, sowie über die Ueberprüfung des Saatgutes durch Saatgutinspektoren,

4. die Auswahl der Zuchtstiere, den Körzwang, die Fütterung von Herdenblütern und andere zur Förderung der Viehzucht erforderliche Maßregeln, sowie die Bekämpfung der Viehseuchen,

5. die Bekämpfung tierischer und pflanzlicher Schädlinge,

6. das landwirtschaftliche Bauwesen, insbesondere die Einrichtung der Ställe, Jauchegruben usw.,

7. die obligatorische Zugehörigkeit der Landwirte zu landwirtschaftlichen Genossenschaften, die die Erzeugung und den Vertrieb der Agrarprodukte rationalisieren oder Restorationen, Wildbachvorbauten und dergleichen durchführen.

V. Die Agrarbehörden haben durch Errichtung und Bewirtschaftung von Mustergütern, durch Saatwechsel, Sortenbau und Düngungsversuche, durch Bestellung von Wanderlehrern, Errichtung von Winterkursen, Veranstaltung von Ausstellungen planmäßige landwirtschaftliche Aufklärungsarbeit zu leisten. Sie haben Beratungsstellen zu errichten, die die Landwirte bei dem Bezug von Saatgut, Kunstdünger, Kraftfutter, Maschinen, Geräten sachmännlich zu beraten haben, und haben den genossenschaftlichen Bezug dieser Arbeitsmittel, sowie die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften überhaupt zu fördern.

VI. Förderung der Meliorationen. Vereinigung der Grundeigentümer zu Zwangsgenossenschaften zwecks Durchführung von Meliorationen, Erweiterung der Beleihungsgrenze für Meliorationskredite und Vorrückung von Meliorationshypotheken vor andere ältere Hypotheken. Alle Kreditinstitute sind durch Gesetz zu verpflichten, einen bestimmten Teil ihrer verfügbaren Kapitalien zu vom Staat festgesetzten Bedingungen zu landwirtschaftlichen Meliorationsdarlehen zu verwenden. Ausbau der Organisation des kulturtechnischen Dienstes.

Zum Hilfswort für das hungernde Rußland

Ein Wort für Rußland und ein Wort an Rußland

Uns geht folgender Aufruf mit der Bitte um Veröffentlichung zu: Der erschütternde Hilferuf, der aus Rußland an die Welt geht, muß allenhalben den lautesten Widerhall finden. Millionen von Menschen buchstäblich vom Hungertode bedroht! Dazu das Land von einer Choleraepidemie heimgesucht, wie sie so stark kaum je gewütet hat. Ein ganzes Volk liegt unter furchtbaren Peiden dahin.

Da helfen einzugreifen ist dringendste Pflicht für jeden fühlenden Menschen geworden. Diesem entsetzlichen Unheil gegenüber müssen alle Unterschiede und Gegensätze der Parteien zurücktreten — anßerhalb Rußlands, aber auch in Rußland selbst. Eine russische Regierung, die an alle Parteien außerhalb Rußlands appelliert, wird ihrer Sache am besten dann dienen, wenn sich zu ihrer Stimme die aller hilfswilligen Elemente der verschiedensten Parteien aus Rußland selbst gesellt, wenn ihnen all die Möglichkeiten gegeben wird, ihre Stimme frei und laut erschallen zu lassen.

Dabei vergesse man über der Not des eigentlichen Rußland nicht die jener Gebiete, die es längst erobert hat — Kaukasien (Georgien, Armenien, Aserbeidschan) und Turkestan. Durch eine Armee von 200 000 roten Truppen niedergebunden, geplündert und geknechtet, gehen diese Gebiete rasch dem gleichen Elend entgegen, wie dem, das jetzt Rußland heimgesucht. Doch diese Gebiete rufen nicht nach einer Hilfsaktion. Was sie brauchen, ist die Freiheit, sich selbst zu helfen, ist der Abmarsch der roten Armee und die Möglichkeit freier Selbstverwaltung.

Es wäre ein schreiender Widerspruch, wollte Rußland fortfahren, fremde Völker zu unterdrücken und beranden in dem Moment, in dem es alle Völker der Welt ohne Unterschied der Verfassung und der sozialen Organisation aufruft, ihm zu helfen.

Schwieriger als in den eroberten Ländern wird die Hilfe im eigentlichen Rußland sein. Nicht nur hat eine außerordentliche Dürre dort gerade in den fruchtbarsten Gebieten die ganze Ernte zerstört, allenhalben in Rußland ist die Landwirtschaft verkommen, das Eisenbahnwesen zusammengebrochen, haben sich die sanitären Zustände in den Städten entsetzlich gestaltet, wo jegliche Reinlichkeit und jede Möglichkeit der Reinigung in den letzten Jahren verloren gegangen ist.

Soweit in so verzweifelter Situation Hilfe möglich ist, erheischt sie den sofortigen Ausschuss aller tatträglichen Elemente der Nation, die Befreiung der Gesellschaft von politischer Bevormundung und politischem Druck.

Ohne größere Freiheit ist Rußland nicht zu retten.

Aber auch nicht ohne eine Hilfsaktion des Auslands. Und diese darf nicht abhängig gemacht werden von den politischen Verhältnissen der Sowjetrepublik. Es haben sich Stimmen erhoben, die das jetzt dort herrschende Regierungssystem für die Größe des Elends verantwortlich machen. Sie dürfen das Hilfswort nicht beeinträchtigen, den Eifer zur Hilfe nicht abschwächen. Um so mehr, da es sich um unsere eigene Rettung ebenso handelt, wie um die des russischen Volkes. Der russische Seuchenherd ist so groß, daß von ihm aus die Ansteckung weit über Rußlands Grenzen getragen zu werden droht, wenn wir nicht rechtzeitig mithelfen, ihn energisch einzudämmen.

Wenn das Haus in Flammen steht, fragt man nicht lange, ob der Besitzer durch Handlungen oder Unterlassungen Mitschuld am Brande auf sich geladen hat. Das erste ist, man sucht zu retten, was zu retten ist, und die Flammen zu löschen, so rasch es geht.

Und darum schließen wir uns aus vollem Herzen dem Rufe an: Hilfe für das arme, verhungerte Volk von Rußland! Laßt es nicht die Sünden seiner Regenten entgelten!

Diesen aber rufen wir zu: Reißt ab die Fesseln von den Völkern, über die das russische Reich heute gebietet, gebt frei die Kräfte, die drängen, die Hungernden und Elenden aufzurichten und ihnen Rettung zu bringen.

Eduard Bernstein. Karl Rautsky.

Zurückbare Lage der deutschen Wolgafolonie

EE. Kaval, 2. Juli.

Hier sind weitere Entschensnachrichten über die Hungerskatastrophe in Rußland eingetroffen. Ueber die katastrophale Lage der deutschen Wolgafolonie sind folgende Einzelheiten bekannt geworden. Die deutschen Kolonisten hatten 70 Prozent des Bodens angebauet, aber fast alles ist zugrunde

gegangen. So daß für die nächsten Monate der zurchtbare Hunger droht. Die Zahl der Kolonisten in den Ansetlungen beträgt ungefähr je 3000, von denen bereits 80 Prozent von Krankheiten heimgesucht worden sind. In den Dörfern werden täglich durchschnittlich 60 Menschen. Ganze Scharen stehen in die Steppe und zeigen dort die letzten Wächel Gras aus, um den Hunger zu stillen. Ein großer Teil der deutschen Kolonisten wickerte in der Richtung auf Moskau und verlangt Unterstützung zur Heimkehr nach Deutschland.

Hilfe aus Amerika

„New York Herald“ meldet aus Washington. Handelssekretär Hoover verlangt in seiner Antwort an Maxim Gorli Bürgschaften dafür, daß das amerikanische Dienstpersonal nicht beschlagnahmt werde und vollkommene Bewegungsfreiheit habe, ferner das Recht, britische Hilfsauskünfte einzurichten, ohne daß die russischen Behörden ihnen Hindernisse in den Weg legen oder sonst in irgendeiner Weise eingreifen. Die amerikanische Regierung sei bereit, für eine Mission russischer Kinder zu sorgen.

Die Berliner Rotverordnung

Der Uebergangsausschuß des preussischen Landtags trat gestern zu einer Sitzung zusammen, um die von der Regierung vorgeschlagene Rotverordnung zur Bekämpfung einer geordneten Verwaltung in der Stadtgemeinde Berlin zu beraten. Die Verordnung enthält zwei Gesichtspunkte: einen politischen, der sich auf die Fortführung der Geschäfte der Stadt bis zum Zusammentritt der neugewählten Gemeindevorstände bezieht, und einen mehr formalen, der eine genaue Bestimmung der Wahlvorschriften in Gesetzform vorseht.

Um den einschließenden § 1 der Regierungsvorlage aus in Form einer Generalkonkretion eine längere Aussprache an. Nach der Regierungsvorlage sollen die Mitglieder der bisherigen Stadtoverordnetenversammlung und die der Bezirksversammlungen kommissarisch bestellt werden als einstweilige Verwaltungen, welche die diesen Körperschaften gesetzlich obliegenden regelmäßigen Geschäfte und notwendigen Geschäfte anderer Art, die keinen Aufschub dulden, fortführen sollen. Diese Bestimmungen schränken die Bewegungsfreiheit der genannten Versammlungen ein und tragen den Keim dauernder Kompetenzstreitigkeiten in sich. Es ist gar nicht zu umgängen, was gesetzlich regelmäßig obliegende Geschäfte oder solche sind, die keinen Aufschub ertragen. Alle Geschäfte müssen fertig-fertig werden können, um die Verwaltung der Stadtgemeinde im Gange zu halten. Um das zu erreichen, stellen die Vertreter der Unabhängigen Fraktion den Antrag, der Regierungsvorlage folgenden Wortlaut zu geben:

„Die Mitglieder der bisherigen Stadtoverordnetenversammlung und der bisherigen Bezirksversammlungen in Berlin sind verpflichtet, die diesen Körperschaften obliegenden Geschäfte als einstweilige Stadtoverordnetenversammlung und als einstweilige Bezirksversammlungen fortzuführen, bis die neugewählten Versammlungen in Tätigkeit treten.“

Dieser Antrag, vom Genossen Wegl begründet, vom Abg. Hirsch (SPD.) und seinen Freunden unterstützt, erfuhr lebhafteste Gegnerschaft bei allen bürgerlichen Parteien. Die Regierungsvertreter legten dar, daß die allen Versammlungen nicht mehr beständen. Den Mitgliedern, die jetzt kommissarisch bestellt seien, könnten nicht die Rechte gegeben werden, wie die gewählte Versammlung sie habe. Die Deutschnationalen wollten überhaupt nichts wissen von einer so gearteten kommissarischen Verwaltung, sie wollten zunächst dem Oberpräsidenten die kommissarische Verwaltung zugewiesen sehen, eventuell wären sie höchstens bereit, die Stadtoverordneten mit noch weiter eingeschränkter Befugnisse die Geschäfte verwalten zu lassen, die Bezirksversammlungen seien bis auf weiteres überflüssig. Eine besondere höfliche Ausnahmebestimmung wollten die Mitglieder der Deutschen Volkspartei eingefügt wissen. Sie wollten bestimmen lassen, daß auch ein Viertel der Mitglieder der einstweiligen Stadtoverordnetenversammlung das Recht haben sollte, die Beschlüsse der Versammlung zu beanstanden, die ihrer Meinung nach über ihre Befugnisse hinausgingen. Selbst der Regierung war diese Bestimmung zu arg, sie lehnte sie entschieden ab. Von den Rednern Hirsch (SPD.), Leid (USP.), Schulte (Ztr.) wurde der Antrag bekämpft. Es wurde von unierten Genossen darauf hingewiesen, daß diese Ausnahmebestimmung nur aus politischen Gründen gestellt sei, weil den Antragstellern die gleiche Zusammensetzung der Stadtoverordnetenversammlung ein Dorn im Auge sei. Schließlich wurden alle Anträge abgelehnt und die Regierungsvorlage in ihrer jetzigen Fassung angenommen mit der Maßgabe, daß

als Wahltermin der 16. Oktober

festgesetzt wurde. Auf Anfrage des Genossen Dr. West erklärte die Regierung, daß es zulässig sei, wenn in der ersten einstweiligen Stadtoverordnetenversammlung außer der Wahl des Vorstandes auch laufende Geschäfte erledigt werden.

Anstritten wurde der § 3, der von der Wahlberechtigung handelt. Bekanntlich ist die Wahlberechtigung an eine Anwartschaft von einem Jahre geknüpft. Hier beantragten die Kommunisten mit Unterstützung der beiden anderen sozialistischen Fraktionen die Streichung dieser Bestimmung, im Abweichungsfall 6 Monate festzusetzen. Mit 15 gegen 13 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Man könne in eine Rotverordnung eine solche materielle Änderung nicht aufnehmen, erklärten die Vertreter der bürgerlichen Parteien; in Wirklichkeit sind sie aber auch materiell Anhänger einer langen Anwartschaftszeit. Angenommen wurde ein Antrag West-Hirsch, der allen Bürgern und aus der Gefangenschaft Heimgekehrten, die der Anwartschaftszeit nicht genügen, das Wahlrecht gibt, wie das bereits das bestehende Gesetz vom vorigen Jahre vorseht. Die Regierung hatte diese Bestimmung nicht mit aufgenommen, weil ihr der Berliner Magistrat erklärt habe, daß sonst die Wahlarbeiten verzögert würden, eine Ausrede, die nicht ernst zu nehmen ist. Die Annahme des Antrages erfolgte, weil auch die Volkspartei ihn zustimmte.

Zur Klärung der Regierungsvorlage wurde im § 6 bestimmt, daß die Stadtoverordnetenversammlung nach Prüfung der Wahlen das Recht habe, die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahlen im einzelnen wie im Ganzen auszusprechen.

Schließlich erhielt der § 10 der Regierungsvorlage, der von der Mandatsdauer der unbesetzten Mitglieder handelt, eine präzisere Fassung durch folgende Bestimmung:

„Die unbesetzten Mitglieder des Magistrates und der Bezirksämter, der Mitglieder der städtischen Verwaltungsdeputationen und Kommissionen scheiden mit dem Zeitpunkt des Zusammentritts der neugewählten Stadtoverordnetenversammlung und der neugewählten Bezirksversammlungen aus ihren Mandaten. Die neugewählten Stadtoverordneten bzw. Bezirksverordnetenversammlungen haben sobald nach ihrem Zusammentritt die Anwartschaft für die Ausbelebenden vorzunehmen. Die bisherigen Vorstände dieser Vorstände und Stellen bleiben bis zum Eintritt ihrer Nachfolger in Tätigkeit.“

Damit war die Arbeit des Uebergangsausschusses erledigt. Die Verordnung soll so schnell wie irgend möglich verkündet werden. Ueber die Verhandlungen des Ausschusses soll ein besonderer Bericht erscheinen, um festzuhalten, was für die Zukunft von großer Bedeutung sein kann.

Rathenau über den Wiederaufbau

In der Sitzung des Reparationsausschusses des Reichswirtschaftsrates am Mittwoch erstattete der Reichsminister für den Wiederaufbau, Dr. Rathenau, Bericht über den Gang und Stand sowohl der gegenwärtig schwebenden Verhandlungen wie derjenigen Arbeiten, die augenblicklich im Aufbauminiesterium vor sich gehen. Ueber seine Ausführungen veröffentlicht die P. P. A. einen Bericht, dem wir folgendes entnehmen:

Zu den Hauptfragen, die den Kernpunkt der grundsätzlichen Verhandlungen bilden, gehört die Frage der Finanzierung. Die zweite Frage ist die Frage der Preise. Hier ist es nötig, eine Preisgrundlage zu finden, die so beschaffen ist, daß man für einen bestimmten Zeitraum genau übersehen kann, welches der Wert dieser Ware ist, die geliefert und angerechnet werden soll. Dabei ist das Grundprinzip einzuhalten, daß Frankreich nicht Waren von uns empfangen wird, die teurer sind, als sie in Frankreich selbst hergestellt werden können.

In den Verhandlungen wurde ferner gesprochen über die Frage der

Errichtung einer französisch-deutschen Organisation
zur Aufnahme von Lieferungen überhaupt. Bei diesen Organisationen, Preisen und Indizes ist jedoch nicht die Rede vom freien Handel von Land zu Land. Es drängt die entscheidende Absicht, diesen Handel gewähren zu lassen, ja ihn zu unterstützen so weit wie möglich, weil man der Meinung ist, daß dies die naturgemäße Form des Güterausstausches zwischen zwei Ländern ist.

Es ist daran gedacht worden, daß man nach Art von Zollstationen Niederlassungen an verschiedenen Stellen einrichten wird, bei denen der Geschädigte auf der einen Seite seinen von der eigenen französischen Behörde präparierten, ihm abgestempelt bekommt und dann auf die deutsche Seite übertritt und dort seine Bestellungen aufgibt, die von da aus an die Zentralfabrik in Deutschland weitergeleitet und effektiviert werden.

Zurückgetreten ist während dieser Verhandlung das Gebiet der Arbeitsleistung an Ort und Stelle,

da erhebliche soziale Schwierigkeiten, Unterbringungs-schwierigkeiten hinsichtlich der Entsendung deutscher Arbeiter nach Frankreich geltend gemacht worden sind. Sobald zwischen Frankreich und Deutschland ein gewisses Handelsverhältnis eingetreten ist, steht zu hoffen, daß auch diese Art der Zusammenarbeit sich ermöglichen läßt. Ob es in sehr erheblichem Umfange stattfinden wird, ist zu bezweifeln, weil aus den französischen Berichten an Kammer und Senat hervorgeht, daß die Gesamtzahl der fernenden Arbeiter, die Frankreich aus verschiedenen Nationen sammelt hat, nicht größer ist als 25 000. Die Verhandlungen gehen naturgemäß nicht mit großer Geschwindigkeit vorwärts. Es steht aber zu hoffen, daß man in nicht allzu ferner Zeit zu einer grundsätzlichen Verständigung kommt.

Der Minister bespricht dann die Einwendungen, die gegen das Prinzip der Verhandlungen und die Art des Vorgehens in der deutschen Öffentlichkeit erhoben worden sind. Das Wiederaufbaugeschäft in Frankreich ist mit großen finanziellen Mitteln und entschiedener Energie gefördert worden, aber zweifellos ist es auf diesen Gebieten noch nicht soweit vorgeschritten, wie es den Wünschen der Geschädigten entspricht. Insbesondere ist von den 600 000 Häusern, von denen 300 000 beschädigt und 300 000 vernichtet sind, nur ein verhältnismäßig kleiner Teil wieder aufgebaut worden. Dieses Wiederaufbaugeschäft in wenigen Jahren zu beenden, liegt im Interesse der Geschädigten, mit dem die Interessen der französischen Regierung parallel laufen.

Das ganze Verhandlungsgeschäft ist für die deutsche Volkswirtschaft von entscheidender Bedeutung. Denn einmal ist es zweifellos, daß die Umwandlung von Goldleistungen in Sachleistungen für uns unentbehrlich ist. Auf der anderen Seite ist es für uns von Bedeutung, wenn wir neben den schweren Lasten, die wir in den nächsten Jahren zu tragen haben werden, nicht mit Beschäftigungslosigkeit zu kämpfen haben.

Der Minister kommt dabei auf diejenigen grundsätzlichen Auffassungen, die sich hinsichtlich des ganzen Reparationsgeschäftes gegenüberstellen und die sich im wesentlichen um den Begriff der Erfüllung bewegen, zu sprechen.

Was den dunkelsten Punkt

der ganzen Bestimmungen betrifft, nämlich den Index, so liegt es heute schon so, daß fast überall, wo volkswirtschaftliche Kräfte sich regen, auch die Einsicht durchgedrungen ist, daß mit diesem Index und mit den dazu provisorischen, die auf ihn beruhen, außerordentlich wenig anzufangen ist. Im Gegensatz zu der Auffassung, die unsere Leistungen als gänzlich unabänderlich und damit unerfüllbar ansieht, vertritt Rathenau den Standpunkt, daß man jeden Versuch machen muß, die Leistungen, die auferlegt worden sind, tragbar zu machen. Er ist der Meinung, daß die wachsende Erkenntnis auf der Gegenseite uns diese Arbeit erleichtern wird. Wir werden dann den entsprechenden Anspruch haben, die Abänderungen durchzuführen, die möglich sind, wenn wir auch unferretes mit einem Unerfüllbar nicht etwa einen Mangel an gutem Willen einschuldigen, sondern wenn wir davon ausgehen, daß ein bester Wille in diesen Fragen ein ganz außerordentliches Attium ist, nicht nur bei uns, sondern vor allem im Verhältnis zur Gegenseite. Nehmen wir einmal an, daß unsere Sachleistungen zwar nicht phantastisch hoch seien, sich aber doch in sehr erheblichen Grenzen bewegen werden, so wird ein Strom von Waren aus Deutschland nach Frankreich, ein Strom von Bestellungen von Frankreich nach Deutschland geleitet und aufgenommen werden müssen.

Wenn wir uns das Verteilungsproblem klarmachen, zeigt sich, daß wir

vor drei Hauptaufgaben

stehen. Die erste Aufgabe ist die der Sicherheit der Erfüllung. Das, was wir übernehmen, ist eine Verpflichtung von Land zu Land. Der Träger dieser Verpflichtungen in Deutschland, ist der im Wiederaufbauminiesterium. Er ist die Persönlichkeit, die Namen des Reiches die Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen zu leisten hat. Es sei daher nötig, daß der Reichskommissar für diese Garantie seine Dedungen hat. Das zweite Prinzip ist das einer gerechten und verständigen Verteilung. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Leistungen nicht freiwillige Leistungen des einzelnen sind, sondern Leistungen, die aus dem schweren Friedensbitteln herrühren, und daß jede dieser Leistungen aus den Einkünften des Deutschen Reiches gezahlt wird, die es von seinen Steuerzahlern empfängt. Wie haben also nicht das Recht, diese Aufträge als privatwirtschaftliche zu betrachten, sondern wir haben den Gedanken anzuerkennen, daß eine Leistung, die von der Allgemeinheit bezahlt wird, auch bei ihrer Durchführung von der Allgemeinheit getragen werden muß. Wir könnten es nicht rechtfertigen, wenn einzelne Landesteile, einzelne Länder bei diesen Leistungen zu kurz kämen. Wir könnten es nicht rechtfertigen, wenn einzelne Berufsstände bei diesen Leistungen zu kurz kämen, wenn also nur die Großindustrie leistete, aber nicht das Handwerk, nicht die Kleinindustrie oder nicht der Handel. — Der dritte Grundpfeiler ist der der unbedingt prompten, geschäftsmäßigen und raschen Durchführung jeden Auftrages. Es würde außerordentlich schwer sein, mittels eines behördlichen Apparates Lieferungen großen Umfangs rasch und prompt an fremdes Land zu leisten, indem sie mühsam an die einzelnen Stellen verteilt, dann für die Durchführung einstellt und für die Abnahme und Bezahlung sorgt. Der behördliche Weg der Vergabe war der der Submission. Ueber die Vergabe durch freie Verbände ist zu sagen, daß die Erfahrungen nicht ermutigen, mit diesem Organ so ohne weiteres zu arbeiten. Die Arbeit mit diesem Organ ist im allgemeinen nicht nur dann, wenn es sich um Aufträge handelt, für die es geschaffen ist — Kriegs-

gesellschaften oder Gebilde, die einer Kriegsgesellschaft ähnlich seien, dürfen nicht in Frage kommen. Im Organisationsbereich werden wir nicht herankommen, denn Hunderte und Tausende von Millionen durch ein Bureau von drei Mann kanalisieren und dann nach allen Landesteilen und Berufsständen zu verteilen, ist schlechterdings unmöglich. — Die Garantie, die der Reichskommissar bringt, um überhaupt als verantwortlicher Unterhändler und Lieferant aufzutreten, sind dadurch zu schaffen versucht worden, daß die Befugnisse im Juli d. J. vom Reichstag genehmigte Verordnung zustande kam, die die

Errichtung von Leistungsverbänden

regelt. Der Gedanke ist der, daß Leistungsverbände geschaffen werden, sowohl aus der Industrie heraus, als dadurch daß den Ländern der Charakter des Leistungsverbandes zugesichert wird. Für die Umwandlung eines Leistungsverbandes in einen Leistungsverband ist nur nötig, daß der Nachverhand als juristische Person in die Lage gesetzt wird, durch Vertretungen und Statuten Leistungen verbindlich zu übernehmen und zu versehen. Die Länder selbst sind in den Landesausführungsgesetzen schon in ähnlichem Sinne organisiert. Ein gewisser Zwang ist nicht zu vermeiden, zu wünschen ist aber, diesen Zwang nach Möglichkeit auszugleichen. Die Zahl der Leistungsverbände wird kaum nach Hunderten, sondern wohl nur nach Tensern zählen. —

Es ist bis jetzt kein Vorschlag gemacht worden, der gezeigt hätte, daß man auf der Grundlage der vollen freiwilligen Leistungen einem anderen Lande in großem Umfange garantieren kann. Ferner ist

wegen der Preise mehrfach betont

gehört worden. Der Fall ist möglich, daß unter Umständen auf großen Gebieten das französische Preisniveau um anzunehmliche Preise steigt. Ist das der Fall, daß die französischen Preise unter den deutschen liegen, dann würde der deutsche Lieferant an sich noch in keiner Weise geschädigt sein, denn die Leistungsverbände sind so eingerichtet, daß dem deutschen Lieferanten angemessene Preise zugesichert werden. Das kann nun für das Reich unter Umständen ein hartes Geschäft sein, das zu einer erheblichen Schädigung führt. Es ist nun aber auch der Gegenstand denkbar, nämlich, daß trotzdem günstige Preise gewährt werden, und daß dementsprechend übermäßige Gewinne an irgendwelcher gewerblichen Stelle entstehen. Auch für diesen Fall muß Vorkehrung getroffen werden. Jedes Handwerk ist seines Lohnes wert. Jedes Gewerbe und jede Industrie hat Anspruch auf einen angemessenen Gewinn. Aber keine ernste und großdenkende Gewerbetätigkeit wird jemals einen Anspruch auf einen übermäßig großen Gewinn erheben, und wenn ein solcher entstehen sollte, so erwarten wir und werden dafür sorgen, daß

diese Ueberschüsse in einen Ausgleichsfonds

zur Verfügung gestellt werden, aus dem notwendig werdende Zulagen des Reiches bestritten werden.

Damit sind die Verhandlungen der letzten Wochen umschrieben, soweit sie sich nämlich auf Frankreich erstrecken. Deutschland hat das wesentliche Interesse an der allgemeinen Umwandlung von Goldleistungen in Sachleistungen, und zwar nicht nur Frankreich gegenüber, vielmehr wollen wir auch mit den übrigen Ländern zu analogen Abmachungen kommen. Dabei dürfen jedoch die gesamten Märkte der Welt nicht mit einer krankhaften Ueberproduktion an deutschen Produkten überhäuft werden, so daß letzten Endes jedes Land von Deutschland genau soviel Tribut bekommen hätte, um seine eigenen Arbeitslosen damit zu ernähren. Das ist kein Ziel volkswirtschaftlicher Art. Diese Erkenntnis drängt sich Bahn und damit bricht sich auch Bahn die Erkenntnis, daß die Abmachungen in irgendeiner Form für uns tragbarer gemacht werden müssen, daß ihre Tragbarkeit nicht weniger und nicht mehr bedeutet als die Ueberwindung der gegenwärtigen Konsum- und Produktionskrise der Welt und die Ermöglichung eines gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Aufbaus.

Darauf gab der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Hirsch im Zusammenhang mit den Ausführungen des Wiederaufbauminiesters einen kurzen allgemeinen Ueberblick über die Erörterungen bezüglich des loz. Lochs im Westen und die Gestaltung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen.

Durch Eintritt der Sanktionen ist auch das Loch im Westen wieder auf. Die Entente nahm im Rheinland die Handelsregulierung an sich. Die Einrichtung und die Tätigkeit der Eisner Stelle hat im Reichstage lebhaft und berechtigte Klagen ausgegibt. Die Anträge erleiden zum Teil Verzögerungen. Gewerbetätige Vermittler von Ein- und Ausfuhrerzeugnissen haben dort ein lukratives Sondergeschäft getrieben. Die Folge sind unerwünschte Einflüsse in bedeutlichen Beträgen, Störungen der deutschen Wirtschaftseinheit, die in ihrer Wirkung die Durchführung der Reparationsleistungen unmöglich machen.

Der Geist von 1914

Zu den Rathenau-Plänen über die Form des Wiederaufbaus schreibt die Heilmannsche Korrespondenz:

Der Schritt, der hier mit großem Mut vorwärts getan wird, ist ein Schritt zum Sozialismus. . . Was ist sozialistisch an dem großen Nationaltrutz, den Rathenau plant? Die ganze Organisation der Arbeit, die Ausschaltung der freien Konkurrenz, die Bescheidung der Gewinne, die Schaffung eines Ausgleichsfonds, der Charakter der Kollektivleistung und noch viele andere Reime zeigen sich, die, wenn sie erst einmal zum Spruche und Wachsen kommen, im Laufe der Jahre zeigen werden, wie dem deutschen Volk in Folge der Not aus einem unentrinnbaren Schicksal heraus alles zum — Sozialismus ausschlagen muß.

Diese Betrachtung scheint uns sehr jenem Irrglauben zu ähneln, der zu Beginn des Krieges in allem Ansätze zum Sozialismus sah, weil er von dem Wunsche befeuert ist, das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus zu predigen. Ganz abgesehen davon, daß Rathenau gar nicht daran denkt, die freie Konkurrenz vollständig auszuschalten — was auch noch nichts Sozialistisches wäre — und die Gewinne so zu beschneiden, wie das sozialistische Gedankengängen entsprechen würde, wird es auch sehr gut sein, erst einmal die Wirkungen seiner Pläne abzuwarten. Wir fürchten, daß sie ganz anders sein werden, als die wieder aufstehenden Kriegssillusionisten zu glauben scheinen.

Kommunistenverfolgung in Jugoslawien

Nach einer Meldung aus Belgrad ist durch eine Regierungsverordnung die Tätigkeit aller kommunistischen Organisationen verboten worden. Den früheren Anlaß zu dieser Maßnahme hat der Regierung das Attentat auf den früheren Innenminister Draskowitsch und ein angeblicher Attentatsversuch auf den Ministerpräsidenten Patsich gegeben.

Was in Jugoslawien unter Kommunismus propagiert wird, hat mit Sozialismus nicht mehr viel, desto mehr dagegen mit Anarchismus und Spießsozialismus zu tun. Es handelt sich also um eine soziale Krankheit, von der ein Teil der Arbeiterklasse befallen wurde. Und diese Krankheit wird nicht durch Anwendung von Gewalttaten aus der Welt geschafft, sondern lediglich durch die Verbesserung des Loses des Proletariats, durch die Durchführung der vom Sozialismus erhobenen Forderungen. Immerhin zeigt es sich aber auch

an diesem Falle, wohin der sich Kommunismus nennende Ausschuss führt: zur Stärkung der Reaktion, zur brutalen Niederhaltung der Arbeiterklasse.

Telegramm, 28. Juli.

Die Polizei besetzte sämtliche Künzlichkeiten der hiesigen sozialistischen Organisationen und beschlagnahmte die Archive, weil es erwiesen sei, daß an der Spitze dieser Organisationen Kommunisten ständen, denen die Organisationen nur zur Verbreitung kommunistischer Ideen dienten.

Belgrad, 27. Juli. (Meldung des Präsidiums.)

Eine Konferenz der Vertreter der Regierungsparteien nahm grundsätzlich den Vorschlag des Ministers des Innern, betreffend einen Geheimentwurf zum Schutze des Staates, an.

In der gestrigen Sitzung des Vorgesetzten Ausschusses, an welcher auch Kommunisten teilnahmen, erklärte der Minister des Innern, Bribicewitsch, es sei notwendig, energische Schritte gegen die Kommunisten zum Schutze des Staates zu unternehmen und ein entsprechendes Gesetz zu beschließen, das jedwede Propaganda vereiteln soll, die die Staatsordnung untergraben will.

Die französische Gewerkschaftskrise

Wie wir bereits meldeten, hat die Leitung des französischen Gewerkschaftsverbandes auf dem Kongress in Lille einen Sieg über die Opposition errungen. Ihr Bericht wurde mit 1542 gegen 1355 Stimmen gebilligt. Damit ist auch nach aller Wahrscheinlichkeit festgestellt, daß die Konföderation Richtung in Lille die Mehrheit hat, und es ist nicht einmal gesagt, ob der Antrag, den Anschluß an die Moskauer Internationale zu vollziehen auch nur jene 1300 Stimmen auf sich vereinen wird, da die Gegner Amsterdam unter sich nicht einig sind. Während die einen nach Moskau wollen, befürworten andere zwar die Trennung von Amsterdam, wollen indessen auf jede internationale Vereinigung verzichten.

Wie dem auch sei: mit dem Triumph der bisherigen Leitung ist die Gewerkschaftskrise in Frankreich nicht beendet, denn ein weiteres Zusammenwirken der beiden annähernd gleich starken Gruppen innerhalb eines Verbandes wird seine großen Schwierigkeiten haben. Vielleicht treten die kommunistischen und syndikalistischen Wortführer freiwillig aus. Im andern Falle wird die Leitung nicht umhin können, sich die nötigen Sicherheiten für ein ruhiges, nicht durch fortwährende innere Kämpfe gestörtes Arbeiten zu verschaffen.

Stephan Friedrich enthüllt

Der Plan einer ungarisch-rumänischen Personalunion

U. A. Budapest, 27. Juli.

In die schwebenden Landesvertratsaffären hat heute der gewesene Ministerpräsident Stephan Friedrich mit einer Erklärung eingegriffen, in der er von dem Besehen einer durch die rumänische Regierung betriebenen geheimen Propaganda zugunsten einer ungarisch-rumänischen Personalunion Kenntnis gibt. Ueber die Vorgeschichte dieses Planes schreibt Stephan Friedrich in der Zeitung „Magyar Hirlap“:

Der rumänische Bevollmächtigte Diamandi habe während der rumänischen Besetzung Budapests alles angeboten, um die Regierung Friedrichs zu stützen und zu diesem Zwecke mit den linksorientierten ungarischen Parteien verhandelt. Die rumänische Regierung hätte hierfür einige Hundert Millionen Lei aufgewendet. Die Verhandlungen seien vom rumänischen Kronprinzen mit großer Nervosität und häufiger persönlicher Einmischung geführt worden. Die rumänischen Unterhändler seien auch an Friedrich selbst, der damals Ministerpräsident war, dreimal mit kurzfristigen Ultimaten herangetreten und hätten für deren Zurückweisung die Verhaftung und Internierung der ganzen ungarischen Regierung in Aussicht gestellt. Der rumänische Kronprinz habe bereits im Budapest Hotel „Hungaria“ gewohnt und es habe sich das Gerücht von der bevorstehenden Gründung einer rumänienfreundlichen Gegenregierung verbreitet. In letzter Stunde habe Friedrich dann alle gegenrevolutionären Vereine mobilisiert und den englischen General Gorton sowie den amerikanischen General Bandholz verständigt, daß er Widerstand leisten werde. Hieraus hätten die in Budapest befindlichen englischen und amerikanischen Truppen die wichtigsten Teile der Stadt besetzt und so den rumänischen Druck verhindert. Friedrich betont, daß die Landesvertratsaffären keine Herbeiführung der ungarisch-rumänischen Personalunion auch heute noch von gewissen Kreisen betrieben werden.

Streit im Textil-Großhandel beendet

Der Streit der Handelskammerarbeiter im Textil-Großhandel ist beendet. Die Arbeitsaufnahme erfolgt heute reiflos in allen Betrieben.

Drohender Bergarbeiterstreik in der Tschechoslowakei. Die Bergarbeiter der Tschechoslowakei erlassen einen Aufruf, in dem es heißt, wenn die Bergbauunternehmer die Kündigung des Kollektivvertrages, die Verlängerung der Arbeitszeit und die Herabsetzung der Löhne durchführten, läme es zu einem Bergarbeiterstreik sowohl im Revier als auch in der ganzen Republik.

Struckfische
an die
Hauptredaktion der „Freiheit“
Berlin 62
Breite Straße 8-9

Groß-Berlin

Bernau-Liepnitzsee

Einer der untreiflich schönsten Seen der feentreichen Umgebung Berlins ist der Liepnitzsee bei Bernau. Die Vorortbahn bringt uns nach Bernau, einer ausstrebenden Stadt mit rund 10 000 Einwohnern. Bernau, von den Wenden begründet, erhielt 1231 Stadtrecht und mußte sich um das Jahr 1400 herum der Pommern und der räuberischen Luthows erwehren. Sehr streitbar waren die alten Bernauer, denn später mußten räubernde und brandschatzende Hufiten mit einem blutigen Denkettel der Stadt den Rücken kehren. Die Siegesbeute dieses Treffens auf dem roten Felde befindet sich im Turm des Königtores. Der Granitquaderbau der Marienkirche und die St. Georgskapelle stammen aus dem 14. Jahrhundert. Schöne Waldgebiete sind in der Umgebung Bernaus. In den Krähenbergen unweit der Stadt ist die Quelle der alten Bernauer, denn später mußten räubernde und brandschatzende Hufiten mit einem blutigen Denkettel der Stadt den Rücken kehren. Die Siegesbeute dieses Treffens auf dem roten Felde befindet sich im Turm des Königtores. Der Granitquaderbau der Marienkirche und die St. Georgskapelle stammen aus dem 14. Jahrhundert. Schöne Waldgebiete sind in der Umgebung Bernaus. In den Krähenbergen unweit der Stadt ist die Quelle der alten Bernauer, denn später mußten räubernde und brandschatzende Hufiten mit einem blutigen Denkettel der Stadt den Rücken kehren. Die Siegesbeute dieses Treffens auf dem roten Felde befindet sich im Turm des Königtores. Der Granitquaderbau der Marienkirche und die St. Georgskapelle stammen aus dem 14. Jahrhundert. Schöne Waldgebiete sind in der Umgebung Bernaus.

Zum Liepnitzsee führen zwei Hauptwege: 1. über Gasthof Liepnitz (etwa 2 1/2 Stunde) an der Straße nach Wandlitz oder 2. über Lejdorf, einem kleinen Weiler an der Nordostspitze des Liepnitzsees gelegen. Der letztere Weg ist weniger begangen. Vom Bahnhof Bernau geht man zum ehemaligen Mühlenort zur Straße nach Wandlitz. Nach knappen 10 Minuten geht von dieser Straße halbwegs der Lejdorfer Weg ab. Erst eine kurze Strecke durch Felder und etwas Brandenburger Schnee, dann Kadelwald, um nach etwa einer Stunde in einen herrlichen Laubwald mit mächtigen alten Buchen zu gelangen. Nach 2 1/2 Stunden ruhigen Wandertempos grüht im Wald der erste Lejdorf. Nun links ab von der Straße an den aus dem dunklen Waldesgrün schimmernden Liepnitzsee. Fast gänzlich ist er von Buchenhochwald umkränzt.

In der Mitte des Sees, dessen Wasser eine wunderbar blaue Farbe hat, liegt die Insel „Großer Werder“, ein äußerst fruchtbares Stückchen Land. Daß für das Uebersehen auf die Insel in letzter Zeit pro Person und Fahrt 1 Mark verlangt wird, erscheint uns etwas reichlich viel. Für gute Schwimmer und nicht zu waghalsige Nichtschwimmer ist auf der Insel und am Strande des Sees Badegelegenheit. Den Rückweg kann man über das weidlich vom See gelegene Forsthaus Liepnitz, Straße Wandlitz-Bernau, oder nordöstlich über Lanke-Biesenitzthal (von hier bis Bernau Fernverkehr) antreten.

Kartenmaterial: Spezialkarte 1:60 000 Umgegend von Bernau, Liepnitz- und Wandlitzsee, Lanke, Biesenitzthal. Preis 3,50 M., Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 8-9.

Städtische Jugend- und Wohlfahrtspflege

Die Deputation für allgemeine Wohlfahrt und die Deputation für Jugendwohlfahrt hatten Vertreter der Presse nach dem Rathaus eingeladen, um ihnen über neue Satzungen und die künftige Einrichtung des Wohlfahrts- und des Jugendwohlfahrtswesens zu berichten. Die Vorsitzende der Deputation für Jugendwohlfahrt, Frau Stadträtin Wegel, zeichnete ein Bild der neuen Einrichtungen der Jugendwohlfahrt und legte die Grundzüge der Erholungsfürsorge, der Fürsorgeziehung und der Waisenpflege dar. Dabei erwähnte sie, daß über 40 000 Kinder zur Zeit auf den Ferienspielplätzen von Berlin täglich spielen und versorgt werden. Ferner hob sie hervor, welche neuen Ziele die Waisenpflege in der individuellen Behandlung der einzelnen Zöglinge sich gesetzt habe: Die Auszubildung eines Familiensystems in den Waisenhäusern, die leibliche und geistige Förderung der Zöglinge, sowie die Heranbildung für einen häuslichen oder ländlichen Beruf. Zum Schluß teilte Genossin West noch mit, daß am 1. August in Nichtenrade ein neues Jugendheim für noch nicht hundertjährige Waisenkinder und in einem weiten Hause für hundertjährige Jugendliche über 14 Jahre eröffnet werden würde. Im Anschluß hieran berichtete Genosse Stadtrat Hynze als Vorsitzender der Deputation für allgemeine Wohlfahrt über die schweren Aufgaben, die nach dem Kriege dieser Verwaltung erpochten seien: Sei doch der Etat der bisherigen Armenverwaltung von etwa 14 auf 50 Millionen gestiegen. Leider sei auch die Sterblichkeit der Almosensempfänger stark in die Höhe gegangen und nehme erst seit kurzem wieder ab. Die Bemessung der Pflegegelder und Unterstützungssätze müsse nach Möglichkeit den Tenorenverhältnissen angepaßt werden.

Hierauf gab der Generalbeserment der Deputation für Jugendwohlfahrt, Dr. Ollendorff, einen Ueberblick über den Stand der Organisationsarbeiten. Danach ist an Stelle des früheren Altkölnischer Jugendamts und seiner vier Einzelämter nunmehr ein einheitliches Jugendamt der Stadtgemeinde Berlin getreten, welchem die Sorge für die Einheitlichkeit der Jugendwohlfahrtspflege in der ganzen Stadtgemeinde obliegt. Die örtliche Jugendwohlfahrtsarbeit wird durch die Bezirkswohlfahrts- und Jugendämter der Verwaltungsbezirke durchgeführt und ist durch schon für die Verwaltungsbezirke I-VI zum größten Teil dezentralisiert. Es sei zu hoffen, daß die Zentralisation in Altköln bis zum 1. Oktober, spätestens bis 1. Januar beendet sein werde. Bei der Deputation für Jugendwohlfahrt seien ein Beirat aus Bezirksverretern und Stadträten aus Vertretern der freien Jugendwohlfahrtspflege aller Richtungen und der Jugend gebildet worden.

Siebenzehn Landwirte vor Gericht

Wegen Nichtablieferung und Beiseitehaltung von Getreide waren 17 Landwirte des Kreises Juch-Belzig vor dem Schöffengericht Belzig angeklagt. Es fanden den Angeklagten sehr hohe Strafen in Aussicht, die in die Tausende gingen. Die Landwirte entschuldigten sich mit Mäuseplag, Wildschaden und Missernte (1) die zum Termin geladenen amtlichen Schätzer erklärten, daß sie keine genügenden Unterlagen zu dem Ertrag der damaligen Ernte hätten. Auch die Beamten der Kreisfarmstelle konnten eine Feststellung über die Ernte nicht mehr abgeben, da der Prozeß zu lange hingeschleppt war. Sämtliche Angeklagten mußten freigesprochen werden, weil dem Gericht keine Unterlagen von der zuständigen Kreisfarmstelle gegeben werden konnten. Diejenigen Bauern, die wegen Nichtablieferung von Milch und Butter angeklagt waren, mußten gleichfalls freigesprochen werden, da die Zwangsablieferung für Milch und Butter inzwischen aufgehoben ist.

Die Freisprüche sind belbe unerhört; der letzte bedeutet dann einen offenen Rechtsbruch, wenn zu der Zeit der Vergehen die Zwangsablieferung für Milch noch nicht aufgehoben war. Es ist aber für unsere Klasse unzulässig bezeichnet, daß sich die Gerichte, wenn es sich um Agrarier handelt, mit so lendentahmen Ausschüchten dieser pflichtertrigen Kornkammer zufrieden geben!

Die Festsetzung der Ortslöhne

Mit der fortschreitenden Entwertung des Geldes, der fast täglich und sprunghaft zunehmenden Verruierung der Lebensmittel und Bedarfsartikel halten die Ortslöhne nicht im mittelmäßigsten Schritt. Dabei ist die endgültige Festsetzung der Ortslöhne auch noch ein ziemlich komplizierter Apparat. Nach §§ 149-152 Reichsversicherungsordnung sieht das Oberversicherungsamt nach vorüberiger Anhörung der Versicherungsträger und der Gemeinden den ortsbildigen Tagelohn der Tagelöhner fest. Der Zeitraum der endgültigen Festsetzung soll immer vier Jahre dauern, doch können Änderungen auch in der Zwischenzeit vorgenommen werden, die aber nur als Propädeutikum gelten. Solche Änderungen treten auch stets erst zwei Monate nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Eine Abstellung erfolgt bei den Ortslöhnen zwischen männlichen und weiblichen Arbeitnehmern, außerdem nach Jahresklassen. So wurden beispielsweise die Ortslöhne ab 1. 3. 21 für männliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren auf 7,50, für solche von 16 bis 21 Jahren auf 12,50 M. und bei einem Alter von über 21 Jahren auf 18 M. bemessen. Bei weiblichen Arbeitern war die Höhe der Sätze in den gleichen Jahresklassen 5,75 M., 9,50 M. und 12 M.

Welche Bedeutung die Höhe der Ortslöhne für die Versicherenden hat, ergibt sich daraus, daß der Berechnung der Leistungen der Krankenkassen in vielen Fällen der Ortslohn zugrunde liegt. Anständig Beschäftigte z. B. erhalten in der Krankenversicherung bei einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit nicht nur die Hälfte des für ihre Gruppe feststehenden ortsbildigen Tagelohnes. Auch bei der Unfallversicherung kann der Ortslohn zur Errechnung des Jahresarbeitsverdienstes als Grundlage genommen werden.

Die gesamte Arbeitnehmerschaft hat also ein erhebliches Interesse daran, daß der ortsbildige Tagelohn möglichst hochgedrückt wird, zum mindesten den tatsächlich erzielten Löhnen in den einzelnen Orten entspricht. Deshalb hat es der Verband der Krankenkassen im Bereich des Oberversicherungsamtes Groß-Berlin unternommen, beim Oberversicherungsamt folgende Erhöhungen des Ortslohnes ab 1. Januar 1922 jetzt schon zu beantragen: a) für männliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren auf 16,50 M., von 16 bis 21 Jahren auf 18 M. und von über 21 Jahren auf 25 M.; b) bei weiblichen Arbeitern von

14 bis 16 Jahren auf 10 M., von 16 bis 21 Jahren auf 13,50 M. und von über 21 Jahren auf 16 M.
Die Landesversicherungsanstalt und die Reichsanstalt für Angestelltenversicherung hat sich mit diesen Sähen einverstanden erklärt und demgemäß hat die Arbeitsgemeinschaft von Reichsversicherungssträgern Groß-Berlins beschlossen, dem Ober-Verwaltungsamt die gleichen Vorschläge zu unterbreiten. Hoffentlich arbeitet die Behörde nun entsprechend schnell, damit im Interesse der Versicherenden die gedachte Erhöhung der Ortslöhne bald in Kraft tritt.

Rückgang der Postdiebstähle

In vielen Ländern Nord während des Krieges (sowie in der Nachkriegszeit wie bei der Eisenbahn, so auch bei der Post die Ausgaben für Erlöseleistungen für verlorengegangene und entwendete Sendungen bedeutend gestiegen. Die Reichspostverwaltung kam vor dem Kriege in ihrem Haushalt mit einer Jahressumme von 240 000 M. aus, um daraus alle Entschädigungen zu bestreiten, die Erlöseleistungen betrafen. Dagegen erreichten diese Ausgaben im Rechnungsjahre 1918 1 Million, 1917 5 Millionen, 1918 10 Millionen und 1919 30 Millionen.

Im Rechnungsjahr 1920 haben sich die Ausgaben bei den Erlöseleistungen weiter erhöht. Die Hauptabgänge an Postgut sind bekanntlich während der Eisenbahnbeschränkung entstanden, weil die Posten, um die es sich hier namentlich handelt, neuerdings auf Verlangen der Eisenbahn wegen Ueberlastung der Personenzüge überwindend in Güterzüge befördert werden müssen und hierbei nicht nur Einzelposten, sondern auch organisierte Diebstähle und sonstige Verluste vorkommen. Die Postverwaltung hat sich bemüht, diese Verluste während der längeren Ausfallzeiten, die die Güterzüge auf den Rangierbahnhöfen erlitten, zu reduzieren und zu vermeiden. Das Publikum glaubte, sich hiergegen erfolgreich dadurch zu sichern, daß es in weitem Umfange dazu überging, gewöhnliche Pakete unter Wertangabe zu versenden. Infolgedessen schwoll die Zahl der Wertpakete derart an, daß sie sich unterwegs im Großbetriebe der Post nicht mehr ordnungsmäßig bearbeiten ließen. Vor allem galt dies von ihrer Behandlung in den fahrenden Postämtern, den Bahnposten. Hier konnten die Wertpakete schließlich wegen Raummangels überhaupt nicht mehr untergebracht werden, da die Zahl der Eisenbahnzüge auf einen Bruchteil des Friedensjahresplans der Postverwaltung beschränkt werden mußten. Unter diesem Druck der Verhältnisse sah sich die Postverwaltung Ausgang 1919 genötigt, in ihrem inneren Vertriebe von dem Einzelnachweis der Wertpakete bis 3000 M. vorläufig abzuleben. Solche Wertpakete mußten fortan zusammen mit den gewöhnlichen Paketen in nicht von Postpersonal begleiteten verpackten Eisenbahngüterwagen befördert werden. Hierdurch waren sie aber der Entwendung und Verabreichung durch unredliche Elemente jetzt ebenso ausgesetzt wie die gewöhnlichen Pakete. Dieser unzureichliche Zustand dauerte bis September 1920. Inzwischen hatte die Reichspostverwaltung den an das Publikum zu zahlenden Vergütungssatz für verlorene oder beschädigte gewöhnliche Pakete erhöht, so daß jetzt nach und nach ein Rückgang in der Zahl der Wertpakete eintrat.

Vor allem aber sind inzwischen auch die Verhältnisse bei der Eisenbahn besser geworden. Die Postverwaltung konnte infolgedessen jetzt die Wertpakete wieder wie in der Vorkriegszeit besonders behandeln. Unter der Wirkung dieser Maßnahme sind die Fälle der Veruntreuung von Wertpaketen erheblich zurückgegangen, nämlich von 11 000 Stück im zweiten Viertel 1920 auf 2000 Stück im ersten Viertel 1921. Dementsprechend haben sich die Erlösebeträge für diese Sendungen vermindert von 7 Millionen Mark im zweiten Viertel 1920 auf 4,8 Millionen im ersten Viertel 1921. In vollem Umfange tritt der tatsächliche Rückgang hierbei noch nicht in die Erscheinung, weil die Erhebung der Erlösebeträge immer eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt und deshalb die Zahlen für das erste Viertel 1921 noch eine größere Menge von Erlösebeträgen aus der vor September 1920 liegenden Zeit mit enthalten. Auch sonstige Maßnahmen der Postverwaltung, insbesondere die Verbesserung des Überwachungsstandes namentlich auch in dem besonders gefährdeten eisenbahnverkehrliehen Industriegebiet, ferner die ständige Einwirkung auf das Postpersonal, an der Ermittlung von Postdiebstählen mitwirkten, haben zu diesem Ergebnis mit dazu beigetragen. Es ist hiernach zu erwarten, daß die Sicherheit im Postbetriebe fortgesetzt weiter zunimmt.

Für die Sonntagssonderzüge nach Fürstenberg liegen die genauesten geänderten Fahrpläne vor. Statt wie bisher um 6.25 früh wird der Sonderzug nach Fürstenberg bereits vom nächsten Sonntage ab erst um 8.40 vorm. vom Steintiner Bahnhof abfahren und erhält in Grundbrunnen einen neuen Aufenthalt zum Einsteigen um 8.45 vorm. Der Zug trifft in Nichtenrade um 9.30, in Rosenthal um 9.35, in Löwenberg um 9.51, in Gransee um 10.10 und in Fürstenberg um 10.39 vorm. ein. Auch der Zug in der Gegen-

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Rust

So pflegten die beiden das arme Tier wieder gesund und paren vergnügt wie die Kinder, als es endlich auf drei Pfoten stehen konnte, und übermütig, als es versuchte, tappisch in Zimmer herumzuspazieren.

Durch das gemeinsame Geheimnis waren sich Tina und Peter etwas näher gekommen, so nahe, als es eben bei Tinns Bescheidenheit und Härte und Peters Kargheit möglich war.

Tina frag eines Tages: „Warum gehst du nicht zur Mutter?“

„Kängst du jeht auch so an?“ gab er finster zur Antwort. Harte Worte wollten auf seine Lippen kommen, aber er sah, wie der Hund sich an Tina schmiegte und ihn dabei munter mblinzelte, ein rechter Diplomat; da schaffte er alles wieder inunter.

„Ich bin eben nicht gut, so wie ihr es meint, ich bin böse, ich bin hart und verstockt, aber gebt mir nur einmal ein gutes Wort! Kennst du denn das nicht, Tina, du mußt das ja kennen!“

„Deine Mutter aber!“ sagte vorwurfsvoll das Mädchen.

„Ja, meine Mutter!“ Peter mußte sich gegen das Fenster lehnen, damit Tina nicht sah, wie weh ihm das Wort tat.

Als er sich wieder umwendete, war sein Gesicht verduhrt, und er sagte: „Wenn sie mich doch hüten ließe, und wenn sie ihr dann alles sagen könnten! Es ist nicht leicht zu leben, Tina!“

Aber Tina schlug ein halb ungläubiges, halb spöttisches Lachen auf.

„Geh, wenn ich vom Felsenbrunner Hof wär, ich seh mir ein graues Haar waschen! Gud mich an dagegen!“

Wenn ich es gemacht hätte wie du, wär schon lang kein anzer Knochen mehr an meinem Leib! Tu ihnen halt scheinbar den Willen, was mußt du denn immer mit dem Kopf auf die Wand und parolant anders sein wie die andern?“

„Ach was! Ich tu das doch nicht gern!“

„Was denn sonst? Geh, das glaubt dir kein Mensch!“ sagte Tina überzeugt aus ihrer mißtrauischen Seele heraus.

„Also, wenn du's weißt —“ nun brach es auf einmal bei Peter los. „Ich kann mich nur nicht ansprechen, ich kann nicht auf mich herumkampeln lassen! Ich lasse mich auch nicht mehr hauen, nein, nein, das gibt es nicht mehr!“

„Hast du doch gar nicht nötig,“ meinte mit einem überlegenen und altflugen Gesichte die Fünfzehnjährige. „Nach seine Geschichten, dann haut dich niemand; das liegt nur an dir. Uebrigens hast du mich wieder nicht gefragt, wie es deiner Mutter geht!“

„Jetzt will ich auch gar nicht mehr fragen, wo du so bist, jetzt will ich es gar nicht wissen!“

„Und ich hätte es dir gar nicht gesagt,“ erwiderte Tina prompt und griff nach der Türklinke.

Peter hörte ihre leichten Schritte noch eine kurze Zeit leise traben, dann wurde es still — er horchte noch — auf einmal öffnete sich die Tür wieder; Tina steckte ihren braunen Kopf mit der dicken Zopfstone herein und rief munter lachend:

„Besser geht's, Junger stolzer Herr, besser!“

Peter war wie verwandelt; er nahm den grauen Schnauzer vorsichtig an zwei Pfoten, die er auf seine Knie hob, und während der den Jungen aufmerksam, ein bißchen unterwürdig und ein bißchen schlau zugleich anschaute, und hastig mit dem kleinen Schwanzstumpfe wackelte, redete Peter in ihn hinein: „Die Mutter wird wieder gesund, hörst du, Grauer? Die Mutter wird wieder gesund!“ Er strich dem zerkauften grauen Freund über das Fell und klopfte ihm den Buckel, indem er immer wieder rief: „Die Mutter wird wieder gesund!“

Er trieb dies solange, bis der Graue verlegen ward, weil ihm Peters Gebaren langweilig und unverständlich wurde, er zog sich endlich betreten und lausig von Peter zurück und suchte verstimmt sein Bett auf.

Aber auch dahin ging ihm Peter nach und sagte ihm immer dasselbe, bis sich der Hund, ganz Abwehr, wie ein Spiel zusammenrollte, den Kopf förmlich einbohrte, um nichts mehr hören zu müssen, und nur ein paar unzufriedene Töne über Peters Zudringlichkeit von sich gab, die ihm jetzt, wo er Ruhe wollte, ganz und gar überflüssig vorkam.

Das am nächsten Morgen hatte der Schnauzer sein ungnädiges Wesen vollständig vergessen und stand, die zwei Pfoten aufgestützt, am Betttrand, die klugen Augen auf Peter gerichtet, der aus einem merkwürdig schweren Traum plötzlich in die Höhe fuhr — er hatte wohl geschrien oder gestöhnt, deshalb war der Hund so nahe gekommen. Er hatte den scheußlichen Lehrer in dem scheußlichen Zimmer mit den zwei wunderschönen Damen im Traum ermordet und empfand auch im Traum gar keine Gewissensbisse darüber, sondern eitel Freude. Dann saßen ihm aber Leute nach und wollten ihn fangen, und in dem Augenblick, wo einer die Hand mit der Hundepetische nach ihm ausstreckte, erwachte er.

Nach der quälenden Angst und dem rasstlosen Tempo des Traumes war dies Erwachen eine Erholung, und das Gefühl, dies treue lebendige Wesen, das ihn liebte, neben sich zu haben, erlud ihm als etwas so Gutes, Wärmendes, Herrliches, daß er noch eine Zeilang liegen blieb und die schön und friedliche Stimmung gründlich ausgenoh.

Der Traum — der Lehrer!

Genuß kam er heute, oder er hatte geschrieben, und das Gefühl der Wärme wich langsam zurück, und Kälte schlich sich an ihn. Er schaute tröstlos um sich. Der Lehrer! Die Stunden! Das hatte er über dem Hund vergessen, und der Ankläger konnte jeden Augenblick kommen. Rasch sprang Peter aus dem Bett und lief ans Fenster. Ein grauweißer fahlher Frühmorgen lag draussen, der später heißen Sonnenschein verhieß. Ueber die Wiesen hin bligten die Sennen der Wäber, die Feuernte war in vollem Gange; wie hie Kreuzende, sich vereinigende und wieder sich entfernende Silberstreifen sahen die geschwungenen Sennen aus. Der Wald schüttelte sich im Frühwind, und der Bach, der oben vom Felsenbrunnen abfloß, plapperte, durch den Regen der letzten Tage geschwellt, deutlich bis zu Peter herauf.

„Komm, mein Hund, wir wollen ein bißchen heraus, du sollst das Laufen probieren,“ lockte er den Grauen und hob ihn auf den Arm. „Jetzt steht uns niemand, jetzt sollst du einmal draussen springen.“

Behutsam wollte er die Treppe hinunter gegen den Garten zu gehen, da hatte ihn schon jemand gesehen: Alwine!

Sie war schon auf, suchte, als sie ihn mit dem Hund kommen sah und stürzte sich förmlich auf ihn: „Wie kommst du zu dem Rüter? Was? Zugeschaut? Verwandelt? Es ist zu rührend! Und was reizend er ist!“

Der Hohn fuhr wie in ein Pulverfass. Peter kannte sich nicht mehr, er wußte nicht, was er tat. Seine Augen wurden heiß und seine Hände zuckten. Mit einer ungestümen Gebärde warf er den Hund zu Boden, gab ihm einen Tritt, daß der Graue kopflos in heillosem Schreien davonjagte, bis vor Peters Zimmertüre, wo er sich leuchtend mit dem Ausdrucke ratloser Zucht auf die Schwelle lawerte, ganz still, ganz still, von Zeit zu Zeit von einem Frösteln geschüttelt.

Atemlos schlüpfte ihm Peter nach und schloß den zitternden Hund fest an sich, dabei stieß es ihn von unterdrücktem Weinen.

Wie hatte das nur geschehen können? Er liebte doch den Hund!

(Fortsetzung folgt)

richtung erhält die beiden neu vorgesehene Aufenthalte in Grantee und Gesundbrunnen. — Auch der nach Freienwalde um 6.35 vorm. abfahrende Zug erhält neue Aufenthalte und zwar in Gesundbrunnen, Wiesenthal und Melchow. Für die durch die neuen Aufenthalte neu geschaffenen Verkehrsbeziehungen werden besondere Fahrkarten aufgelegt. Die Fahrpreise für die Hin- und Rückfahrt 4. Klasse kosten: nach Grantee 11 M., nach Wiesenthal 6 M. und nach Melchow 6.50 M. Ein Verkauf von Fahrkarten für die Sonderzüge findet auf dem Bahnhof Gesundbrunnen nicht statt, da die auszugehende Anzahl von Fahrkarten genau festgelegt ist. Ausflügler, die die Sonderzüge ab Bahnhof Gesundbrunnen benutzen wollen, lösen die Sonntagsfahrkarten zweckmäßig bereits am Sonnabend auf dem Bahnhof Gesundbrunnen.

Ueber die Gültigkeit der Monatskarten wird von der Eisenbahndirektion Berlin mitgeteilt: Die zwischen Friedenau (Wannsee) und Berlin, Wannseebahnhof gültigen Monatskarten berechnen sich langem auch zur Fahrt auf der Ringbahnstrecke Wilmersdorf-Friedenau und Potsdamer Ringbahnstrecke. An diesem Zustande ist entgegen einer in der Offentlichkeit verbreiteten Ansicht durch den am 1. Juli d. J. eingeführten neuen Tarif nichts geändert worden. Neu aber ist die Einrichtung, daß außer diesen Monatskarten jetzt in Friedenau auch die zwischen Großlichterfelde-West und Berlin, Wannseebahnhof gültigen Monatskarten ausgegeben werden.

Die Gartenarbeitschule in Neufölln ist auch in den Ferien geöffnet, denn sie will nicht nur Schule, sondern zugleich eine Erholungsstätte für alle die Kinder mit ihren Eltern sein, die ein schöneres Ferienheim aufsuchen können. — Am Sonnabend, den 30. Juli, werden die Kinder, Eltern, Lehrer, Elternräte und Freunde der Schule 3 Uhr nachmittags besonders erwartet, damit das von Elternräten und dem Leiter vorbereitete Erntefest wie im Vorjahre sich eines starken Besuches erfreuen kann. Arbeitslose mit der Arbeitslosenkarte und die Gewerkschaftler unter zehn Jahren von Gartenarbeitern haben freien Zutritt.

Böle Nachrichten eines gekürzten Kinderfestes. Gestern Abend kam es im Hause Waldstraße 57 in Moabit zwischen den Mietern, die sich in zwei Parteien gespalten hatten, zu einer wilden Schlägerei, bei der mit Holzstöben, Lederriemen und anderen Gegenständen aufeinander losgeschlagen wurde. Eine von Unbeteiligten herbeigerufene Streife der Schutzpolizei trennte die Kampfschäre, doch hatten bereits sechs Personen mehr oder weniger schwere Verletzungen davongetragen. Die Veranlassung zu der Prügelei gab der in demselben Hause wohnende Arbeiter Hermann Sch., der bei dem am Tage vorher auf dem Hofe veranstalteten Kinderfest die Kinder mit heißem Wasser besoffen haben sollte. Man hatte ihm Rache geschworen und fiel, als er sich gestern Abend sehen ließ, über ihn her. Der Vorfall dürfte noch ein Nachspiel vor Gericht haben.

Grober Anflug. Gestern nachmittags gegen 2 Uhr feuerte ein noch nicht ermittelter Mann auf das Haus Westfälische Straße 32 einen Schuß ab, durch den zwei Fensterscheiben der im 2. Stock belegenen Wohnung des Kaufmanns Müller zertrümmert wurden. Zum Glück befanden sich Personen nicht in dem betreffenden Zimmer, so daß niemand verletzt worden ist.

Beim Baden ertrunken. Gestern nachmittags badete die 17-jährige Hertha Albrich, die bei ihren Eltern im Hause Wiener Straße 31 wohnte, im Teltow-Kanal in der Nähe der Späth-Brücke an verbotener Stelle. Blötzlich ging sie unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Beamte des Reichswasserschutzluchters den Kanal ab, konnten aber nur noch die Leiche bergen.

Gefunden. Am Sonntag ist beim Waldfest in der Jungfernhöhe ein Strohhut gefunden worden. Abzuholen bei Kaiser, Moabit, Gohlowstr. 34.

Gewerkchaftliches

„Das Schwarze getroffen!“

In der Sonntagsnummer veröffentlichten wir einen satirischen Beitrag eines kompetenten Gewerkschafters über die „kommunistische Parolenliste“. Die Güte der angeführten Argumente bewies das — Scheitern der „Roten Fahne“ — und eines aus gerichtlichen unsittlichen Briefes des sogenannten Hand- und Kofferarbeiterverbandes. Derselbe Verfasser antwortet hier auf die selbsttätigen Angriffe.

C. V. In der Abendausgabe der „Roten Fahne“ vom Montag, den 25. d. M., ergeht sich die „Rote Fahne“ in allerhand Liebenswürdigkeiten gegen C. B., den Verfasser des Aufsatzes „Kommunistische Parolenliste“, der am Sonntag, den 24. d. M., in der „Freiheit“ hand. Am Dienstag, den 26. d. M., richtet sie eine offene Anfrage an C. B., in der versucht wird, den Artikel in der „Freiheit“ zu widerlegen. Vom Montag Abend zum Dienstag früh scheint man in der Redaktion der „Roten Fahne“ seine Ansicht wesentlich geändert zu haben, und die „Hilfsschlag-Extrakt“, die sie dem Artikelverfasser zuschiebt, sowie das „Fieberdelirium eines Geisteskranken“ scheinen auf die Redaktion der „Roten Fahne“ besonders stark abzuwirken. Köstlich ist die Logik und der Witz der „Roten Fahne“, die den Verfasser erst als Geisteskranken, der an Fieberdelirium leidet, einschätzt, aber — Schnelligkeit ist keine Hererei — an diesen Geisteskranken sofort — offene Anfragen richtet — „Rote Fahne“, wie tief bist du gesunken... Es gehört zu dem eigenartigen Ton der Kommunisten wie der „Roten Fahne“ überhaupt, den gepfefferten Ton als ihr Bestes zu betrachten, sonst würde sie nicht von „hanebüchenden Schwundteilen“, „Dred“, „Mist“ und von dem „Signum“ des Artikels, der „komplett verriekt“, sei, schreiben. Es hat deshalb auch keinen Wert, sachlich mit der „Roten Fahne“ zu diskutieren, da sie ja immer wieder in dieselbe Art verfällt.

Wenn sie in der offenen Anfrage an C. B. glaubt sagen zu müssen, sie sei in ihrer ersten Erwiderung auf die „kommunale politische Seite“ des „Freiheit“-Artikels eingegangen, so muß man vergebens nach dieser „Seite“ suchen. Auf die erste Anfrage, daß schon bei den Wahlen im Metallarbeiterverband im Spätherbst vorigen Jahres eine Verbindung zwischen Kusch und Lichtmann hergestellt gewesen sei, hätte die „Rote Fahne“ es doch furchtbar einfach gehabt, sich mit ihren Freunden Kusch und Lichtmann in Verbindung zu setzen. Sie würde über den Sachverhalt mit Leichtigkeit aufgeklärt worden sein.

Zu der zweiten Frage des sogenannten Hand- und Kofferarbeiterverbandes hätte die „Rote Fahne“ auch einen viel einfacheren Weg einschlagen können, indem sie sich bei ihren eigenen Parteigenossen aus der ehemaligen Komitee in der Münzstraße 24 Auskunft geholt hätte und nicht zuletzt bei dem ihr noch in glaubhaftem Ansehen stehenden Genossen Däumig. — Wenn jetzt die „Rote Fahne“ behauptet, mit diesem Organisationsföhrer in keiner Verbindung zu stehen, und daß die kommunistische Partei als solche sich gegen diese Organisationsform ständig ausgesprochen hätte, so steht dem entgegen, daß die Auswirkung ihrer gesamten Gewerkschaftspolitik für die breite Masse der Arbeiter und Angestellten keine anderen Schlüsse zuläßt und durch diese Verwirrungstaktik vielmehr das Gute will und doch das Böle schafft. Wir bitten aber auch, in dieser Frage mit Ihren Parteifreunden, den Herrn Stadtrat Stoil, zu befragen.

Wenn ferner die „Rote Fahne“ „mit Bedauern“ darauf hinweist, daß eine beträchtliche Zahl von revolutionären Arbeitern sich „in allen möglichen Unionen zusammengefunden hat“, so wäre es doch richtiger, sich auch in dieser Beziehung an ihre eigenen Parteifreunde zu wenden und sie über die Gründung und Führung der Arbeiterunionen in Westfalen zu befragen. Deshalb ist das Bedauern der „Roten Fahne“ in dieser Beziehung wahrscheinlich nicht sehr ernst zu nehmen, weil sie allgemein nach dem Rezept nicht: Verleumde nur immer zu, es bleibt schon etwas hängen.“

Mit der „Roten Fahne“ darüber zu reden, daß der Sympathiestreik der städtischen Arbeiter für die Gutsarbeiter ein Vorteil gewesen wäre, lohnt sich wirklich nicht. Den Gutsarbeiterstreik und die daraus entstandenen Situationen kann man nur beurteilen im Zusammenhang der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse der Groß-Berliner Arbeiterklasse. Wenn unter dieser Bezeichnung Gewerkschaften zu der Ueberzeugung kamen, daß die Beilegung dieses Streiks auf der von den Gewerkschaften vor-

geschlagenen Grundlage, der ja doch auch der kommunistische Stadterordnete Darr seine Zustimmung gab, ohne allgemeinen Streik beendigt wurde, zum Vorteil der Gutsarbeiter, zumal das Mitbestimmungsrecht zu gleicher Zeit erweitert wurde, wenn man dann auf der andern Seite die ungeheure Wählerarbeit der kommunistischen Führer im letzten Moment dieses Streiks beobachtet, so ist es fast unbegreiflich, zu glauben, daß die „Rote Fahne“ überhaupt noch den Versuch unternimmt, sich zu rechtfertigen in dieser Angelegenheit oder aber, sie gibt dann selbst zu, daß sie nicht erkennt oder erkennen will, welches die wirtschaftlichen Vorteile für die Arbeiterschaft in solchen Verhältnissen sind.

Es ist wiederum echt kommunistisch und steht der „Roten Fahne“ ähnlich, wenn sie behauptet, daß sich die Gewerkschaften auf Bitten und Beten verlegen. Das ist die Taktik, die es bewirkt, der noch geschlossenen Kampffront der Arbeiterschaft bewahrt in den Rücken zu fallen. Hört ihr Gutsarbeiter, die „Rote Fahne“ sagt es euch, daß die Gewerkschaftskommission dafür geloggt hätte, daß ihr nicht mehr erregt habt. Daß die kommunistische Partei unter solchen Verhältnissen dann noch auf die Forderungen der Gewerkschaften eingegangen ist, das zu erklären bleibt ihre und der „Roten Fahne“ Aufgabe.

SPD. und Gutsarbeiter

Der „Vorwärts“ berichtet in der Donnerstag-Abendnummer von einer Versammlung der S. P. D.-Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Es wird von der „reger Sprache“ gesprochen, die einleitete. Dr. Borchardt verurteilte die gegen ihn gerichteten Angriffe zu entkräften. Nach den Mitteilungen zu urteilen, machte er dies in einer sehr gewundenen Form.

Dr. Borchardts Ausführliche verfehlten aber ihren Zweck, denn, wie es weiter hieß, es „wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung der S. P. D.-Mitglieder des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes hat mit Bedauern Kenntnis genommen von der Haltung der Genossen in den städtischen Körperschaften aus Anlaß des Streiks der Riefel-selbsterarbeiter. Sie beauftragt den Fraktionsvorstand, mit der Berliner Parteileitung diesbezüglich in Verbindung zu treten.“

Das ist eine sehr deutliche Abfuhr, die zudem den Beweis erbringt, daß die Lammsgebild auch der rechtssozialistischen Arbeiter gegenüber einer solchen Interessenvertretung, wie sie seitens Dr. Borchardts geübt wurde, eine Grenze hat und die S. P. D.-Arbeiter sich mit Recht darüber empörten. Aber dieser Mann ist doch nicht der einzige dieser Art, und papierne Beschlüsse sind billig.

Erfolgreicher Streik

Der Kampf der Maschinisten und Heizer in der Rheinschiff-fahrt, der am 22. Mai mit Taktaktionen begann und ab 16. Juli bis zum direkten Kampfe gesteigert wurde, konnte am 28. Juli mit Erfolg beendet werden.

Die Wirkungen des nun beendeten Kampfes sind tief. Jedweder Verkehr war unterbrochen. Auf dem sonst so belebten Ströme war die Ruhe des Friedhofes eingelehrt. Die Kohlen-versorgung nach Süddeutschland war gänzlich unterbrochen. Dieser Kampf der Maschinisten und Heizer in der Rheinschiffahrt zeigte eindrucksvoll die gewaltige Macht, welche von dieser Berufsgruppe ausgeht werden kann. Die Internationalisierte Kommission erließ einen Aufruf gegen den Streik, worin sie den Streik verbot und strenge Strafen androhte.

Die Maschinisten und Heizer waren von dem einmal aufgenommenen Kampf nicht wieder abzubringen. In beispielloser Geschlossenheit folgte das gesamte Maschinenpersonal der Parole ihres Verbandes und zeigte damit jedem Außenstehenden ein Bild lüdenloser Einigkeit.

Freitag, den 22. Juli, fand unter Vorsitz der Hohen Rheingand-Kommission in Koblenz eine gemeinsame Verhandlung mit den Unternehmern statt. Den Streikführern der Maschinisten und Heizer war freies Geleit zur Ein- und Ausreise nach Koblenz durch die hohe Kommission zugesichert. Anschließend daran traten am 23. Juli der Arbeitgeberverband mit den Vertretern des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer unter Vorsitz des Reichsarbeitsministeriums zu direkten Verhandlungen in Essen zusammen. Eine Einigung der Parteien erwies sich als nicht möglich. Daraufhin traten sofort vier Vertreter der Reichs-regierung zu einem Schiedsgericht zusammen und fällten folgenden Schiedsspruch:

Die Maschinisten und Heizer erhalten mit Rücksicht auf ihre besondere schwere körperliche Arbeit vom 1. Juni bis 30. September dieses Jahres eine Zulage in Höhe von 30 M. die Woche. Die hiernach rückständige Zulage ist sofort nach Annahme des Schiedsspruchs zu zahlen.

Die grundsätzliche Frage, ob in der Entlohnung der Maschinisten und Heizer gegenüber dem Personal ein Unterschied zu machen ist, wird durch den Schiedsspruch nicht berührt und bleibt Tarifverhandlungen der Parteien überlassen.

Soweit wegen verlängerter Arbeitszeit Lohnabhängige stattgefunden haben, steht den Maschinisten und Heizern ein Rechtsanspruch auf Nachzahlung nicht zu.

Die Arbeit ist unverzüglich wieder aufzunehmen. Sämtliche Arbeitnehmer sind wieder einzustellen. Maßregeln dürfen von keiner Seite vorgenommen werden.

Die Streikleitung berief sofort an allen Stationen des Rheins Versammlungen ein, welche sich mit der durch den Schiedsspruch geschaffenen Lage beschäftigten. Das Gesamtergebnis der Abstimmung in allen Versammlungen ergab eine erhebliche Mehrheit für Annahme des Schiedsspruchs.

Mit der Annahme des Schiedsspruchs durch die Streikenden war der Kampf beendet. Die Hauptstreikleitung hat darauf telegraphisch die Aufnahme der Arbeit für Mittwoch, den 28. Juli, verfügt. 2000 Maschinisten und Heizer kehren auf die verlassenen Boote zurück und nun setzt sich die riesige Flotte der Rheinschiff-fahrt wieder in Bewegung.

Noch offene Differenzen zwischen den Parteien lösen in einer weiteren Verhandlung mit den Unternehmern Mittwoch, den 27. Juli, in Mühlheim (Ruhr) geregelt werden.

Der moralische Erfolg dieses Kampfes der Maschinisten und Heizer ist noch höher zu bewerten, als der erzielte materielle Vorteil. Die bewiesene Geschlossenheit der Streikenden sollte den Unternehmern für die Zukunft eine Warnung sein.

Eisenbahner! Auf zur Demonstration!

„Nie wieder Krieg!“

Kollegen! Wir fordern alle dienstfreien Eisenbahner auf, sich recht zahlreich an der Demonstration am Sonntag, den 31. Juli, 10 1/2 Uhr, im Lustgarten zu beteiligen. Wo es möglich ist, sollen sich die Kollegen zahlstufenweise versammeln und in geschlossenen Zügen sich den nächstliegenden Sammelplätzen anschließen. Ortsverwaltung Berlin des D. E. B.

Die Rheinischen Hotelbesitzer zur Trinkgeldfrage

Der „Verband Rheinischer Hotels, Restaurants und verwandter Betriebe“ hat in seiner Hauptversammlung am 11. und 12. Juli in Godesberg erklärt: er halte alle Versuche, das Trinkgeld abzuschaffen, für undurchführbar und sei überzeugt, daß die dem sogenannten abgeschafften Trinkgeld der Gast eine doppelte Belastung erfährt.

Es ist wirklich rührend, wie die Hotelbesitzer auf das „Wohlergehen“ ihrer Gäste bedacht sind, d. h., wenn sie dieselben für ihre Zwecke gebrauchen können, wie in dem Kampf der Angestellten für die Abschaffung resp. gegen die Wiedereinführung des Trinkgeldes. Wir halten es für unsere Pflicht, das Publikum dahingehend aufzuklären, daß nicht die „Abschaffung“, sondern die „Wiedereinführung“ des Trinkgeldes eine doppelte Belastung für die Gäste bedeuten würde.

Bei einer Wiedereinführung des Trinkgeldes hätten die Gäste dann neben der Entlohnung des Bedienungspersonals auch die erhöhten Preise für Logis, Speisen und Getränke zu zahlen. An einen Abbau der Preise durch die Hotelbesitzer ist nicht zu denken. Wir führen als Beispiel nur die Städte Köln und Düsseldorf an, wo trotz der Wiedereinführung des Trinkgeldes und Reduzierung der Löhne, die Preise nicht um das geringste herabgesetzt worden sind.

Streik im gesamten Friseurgewerbe in Lübeck

Seit dem 7. Juli befinden sich die Friseurgehilfen und Friseur-Lübeck im Streik. Wir warnen alle Angestellten dieses Berufes vor einem Zugang nach hier, da in jeder, der jetzt in diesem Fach hier in Stellung tritt, Streikbrecher ist und wir gegen ihn mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln vorgehen werden.

Die Beendigung des Streiks wird sofort nach Eintritt desselben bekanntgegeben. Die Streikleitung.

Konferenz der Angestellten in England

Am 11. April d. J. fand eine besondere Konferenz des Landesverbandes der technischen, Verwaltungs- und Ueberwachungsangestellten (National Federation of Professional, Technical, Administrative and Supervisory Workers) statt, um zu den vielen großen Arbeitskonflikten Stellung zu nehmen, die in der letzten Zeit stattgefunden haben und durch die oft Mitglieder des Verbandes berührt wurden. Die Konferenz drückte in einem Beschlusse ihre Mißbilligung darüber aus, daß man bisher die von ihr vertretenen Angestelltenkreise nicht zur Mitarbeit heranzieht, wenn Veränderungen in den Industrien behandelt werden, in denen sie beschäftigt sind. Das sei um so weniger gutzubekommen, als im Falle des Konfliktes stets die Beteiligten sich auch um die Unterstützung dieser Sache bemühen. Es wurde gefordert, daß Vertreter des Verbandes an allen Verhandlungen zwischen Privat- oder öffentlichen Arbeitgebern und den Arbeitnehmern zugezogen werden. Die Konferenz erklärte u. a., daß befriedigende Arbeits- und Lohnverhältnisse nur auf dem Verhandlungswege und durch kollektive Verträge zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hergestellt werden können.

Der Internationale Bund der Privatangestellten

hält am 10., 11. und 12. August d. J. in Wien einen internationalen Kongress ab. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Eröffnung des Kongresses, 2. Mandatprüfung und Zulassung verschiedener Verbände, 3. Festlegung der Geschäftsordnung, 4. Bericht des Bureau, 5. Festlegung der Statuten, 6. Ernennung des Sekretärs, 7. Wahl des definitiven Vorstandes, 8. Festlegung der Beiträge, 9. Referat über die soziale Gesetzgebung, 10. Behandlung eventueller Anträge der angeschlossenen Organisationen.

Internationaler Textilarbeiterkongress

Der Internationale Textilarbeiterkongress findet vom 19. bis 24. September 1921 in Paris statt. Beirat und Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes haben beschlossen, den Kongress durch 21 Delegierte der Wahlkreise zu beschicken. Als Wahltag wird der 20. August 1921 festgesetzt. Das Verbandsgebiet wird in vier Wahlkreise geteilt und die Wahlbestimmungen des § 49 des Statuts werden angewendet.

ArbeiterSport

Zur Beachtung!

Sonntags-Vorstellungen der ArbeiterSportorganisationen werden in der „Freiheit“ für Sonntag, den 31. Juli, nicht bekanntgegeben, da wir der Meinung sind, daß die Arbeiterpartei die „Freiheit“ haben, an der gemeinsamen Demonstration der Arbeiterpartei Berlin teilzunehmen.

Redaktion der „Freiheit“.

Parteiveranstaltungen

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß von den erhaltenen Vorträgen „Nie wieder Krieg“ ein Teil in den Tagen getragen werden soll, der andere Teil dagegen an hervorragenden Stellen ausgelesen wird. Der Treffpunkt der Diktirte und Abteilungen ist an den bekannten Stellen, von wo sie geschlossen nach den in der „Freiheit“ benannten Stellen zum Treffpunkt gehen. Die Geschäftsleitung.

1. Diktirte (Berlin-Mitte). Arbeitslose Genossen, die Anspruch auf Freilegung der „Freiheit“ haben, werden bis zum 2. August beim Genossen Kuh, Schöneholzer Str. 15.

Freitag, 29. Juli

1. Verwaltungsbereich, Diktirte, Treffpunkt 7 1/2 Uhr Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderarbeitskommission, Rieberschützenweg, Berliner Str. 26. Alle in der Kommissar ehrenamtlich tätigen Genossinnen haben zu erscheinen. 2. Diktirte (Berlin-Mitte), Treffpunkt 7 1/2 Uhr Sitzung des Bergbaukomitees bei Karzopf, Jülichstr. 5. Die Bildungs-Kommission ist mit einzuladen. 3. Reichsbau, Kapitalkommission, Treffpunkt 7 1/2 Uhr bei Genl. Hermannstr. 213. 4. Schneider-Präsidenten, Treffpunkt bei Palm, Reichstr. 4, Ecke Obersterstraße, Vorkasse abholen. Jeder Bezirk muß unbedingt abholen.

Sonabend, 30. Juli

Verwaltungsbereich, Reichsbau, 15. Diktirte, Treffpunkt 7 1/2 Uhr Sitzung der Ordner bei Palau, Barium, Ecke Gertrudenstraße. Reichsbau, Reichs, 1 Uhr Sommerfest der Gartenbauvereine in Realfürst auf dem städtischen Sportplatz. Alle Genossen und Eltern sind eingeladen. Arbeitslose und Kinder unter zehn Jahren haben freien Eintritt.

Sonntag, 31. Juli

1. Verwaltungsbereich, 4. Diktirte, Treffpunkt früh 9 Uhr am Demonstrationsplatz. 2. Reichsbau, Treffpunkt früh 9 Uhr am Demonstrationsplatz. 3. Reichsbau, Treffpunkt früh 9 Uhr am Demonstrationsplatz. 4. Reichsbau, Treffpunkt früh 9 Uhr am Demonstrationsplatz. 5. Reichsbau, Treffpunkt früh 9 Uhr am Demonstrationsplatz. 6. Reichsbau, Treffpunkt früh 9 Uhr am Demonstrationsplatz. 7. Reichsbau, Treffpunkt früh 9 Uhr am Demonstrationsplatz. 8. Reichsbau, Treffpunkt früh 9 Uhr am Demonstrationsplatz. 9. Reichsbau, Treffpunkt früh 9 Uhr am Demonstrationsplatz. 10. Reichsbau, Treffpunkt früh 9 Uhr am Demonstrationsplatz. 11. Reichsbau, Treffpunkt früh 9 Uhr am Demonstrationsplatz. 12. Reichsbau, Treffpunkt früh 9 Uhr am Demonstrationsplatz. 13. Reichsbau, Treffpunkt früh 9 Uhr am Demonstrationsplatz. 14. Reichsbau, Treffpunkt früh 9 Uhr am Demonstrationsplatz. 15. Reichsbau, Treffpunkt früh 9 Uhr am Demonstrationsplatz.

Bereinskalender

Freitag, 29. Juli

Verband der Arbeiter und Arbeiterinnen, Gruppe Gemeindearbeiter, Treffpunkt 7 1/2 Uhr Vorstandssitzung für Groß-Berlin in Schul-Str. 11, Berlin, im Königsgarten 2. Tägliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Sonabend, 30. Juli

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle des Reichsarbeiter, städt. Bauarbeiter wegen. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Zahlstelle nach Baumgartenstr. 69 verlegt ist. Nächster Jahrestag ist Sonnabend, den 30. Juli, 8-10 Uhr.

Verantwortlich: für Politik u. Finanzen: Leo G. 13, Berlin-Reichenow. für Kommunistik, Befreiung und Gewerkschaftliches: G. 13, Berlin. für den Reichsbau in Berlin; für den Reichsbau in städtischen Mittelorten: G. 13, Berlin. für den Reichsbau in Charlottenburg. — Verlags-Gewerkschaft „Freiheit“, G. 13, Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. 13, Berlin. — D. E. B. Seite 24.